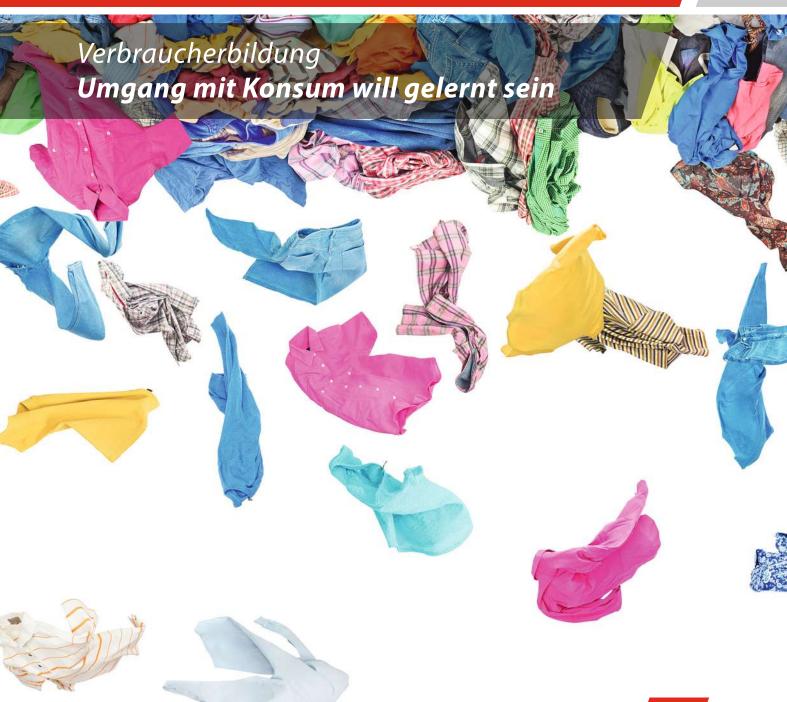
b&W

bildung und wissenschaft – Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

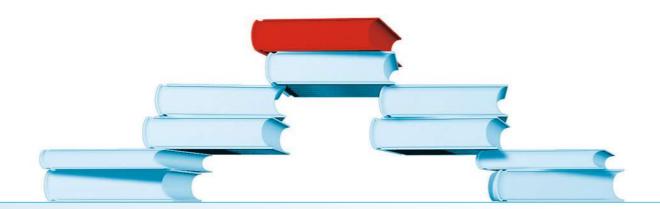


Lehrereinstellung 2018Für Bewerber/innen gut, für Schulen schlecht

Sonderpädagogik Landesregierung kann Versprechen nicht einhalten **Berufsbildungstag** Qualität sichern – Integrationskraft stärken



Echte Hilfen für den Alltag



55plus. Ruhestand und Vorsorge



8. Auflage 2016

Von A wie Altersteilzeit über Patientenverfügung und Testament bis Z wie Zurruhesetzung - die Vorsorgemappe der GEW -55plus - enthält alles, was man beim Übergang in den dritten Lebensabschnitt wissen muss.

Auf alle Fragen im Zusammenhang mit dem Ruhestand gibt die Vorsorgemappe umfassende und kompetente Antworten. Sie enthält alle notwendigen Informationen über die Zurruhesetzung und Versorgung der Lehrkräfte im Beamtenverhältnis sowie Grundinformationen über die Rente für Arbeitnehmer/innen (Angestellte). Außerdem enthält sie Checklisten und Formulare zur Dokumentation der persönlichen Verhältnisse.

Ein unentbehrlicher Ratgeber für alle Kolleginnen und Kollegen, die sich gut auf den dritten Lebensabschnitt vorbereiten wollen.

Jetzt bestellen:

Mitgliederpreis: 12 Euro Buchhandelspreis: 20 Euro zuzüglich Versandkosten

Schriftliche Bestellungen:

Süddeutscher Pädagogischer Verlag Silcherstraße 7a 70176 Stuttgart

Onlineshop: www.spv-s.de bestellservice@spv-s.de Fax: 0711 21030799





Doro Moritz, Landesvorsitzende GEW Baden-Württemberg

Schluss mit der Ankündigungsund Schaufenster-Politik

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Leserin, lieber Leser,

über gut inszenierte öffentliche Ankündigungen der Kultusministerin werden nahezu wöchentlich neue Aufgaben in die Schulen getragen. Sie vermitteln in der Bevölkerung den Eindruck, dass Frau Eisenmann für Verbesserungen sorgt. Ich bestreite nicht, dass die Vorhaben berechtigt sind. Ich stelle aber ihre Wirkung in Frage. Einige Beispiele:

Bei einer Auftaktveranstaltung wird die Konzeption zum Aufbau eines Schutzkonzepts gegen sexuelle Gewalt vorgestellt. Der zuständige Bundesbeauftragte hält dafür einen ganztägigen Auftakt an der Schule mit Fachleuten und einen Organisationsentwicklungsprozess für notwendig. Aber Pädagogische Tage in der Unterrichtszeit sind dem Kultusministerium ein Dorn im Auge. Deshalb wird allen Lehrkräften nur eine Online-Fortbildung im Umfang von 30 Stunden angeboten. Die Schulen bekommen Materialien - in überdimensionalem Format, damit es nicht in den Papierkorb passt.

Das Kultusministerium stellt einen 60-seitigen Rechtschreibrahmen vor, ein hochwertiges Kompendium. Für die Umsetzung an den Schulen gibt es kein Konzept und keine zusätzliche Unterrichtszeit.

46 Schulen starten im kommenden Schuljahr in Klasse 5 mit den Schulversuchen "Lesen macht stark" und "Mathematik macht stark", einem evaluierten Konzept aus Schleswig-Holstein. Es soll fünf Jahre erprobt und nochmals evaluiert werden. Solange passiert an allen anderen Schulen nichts. Zynisch merke ich an, dass die erneute Erprobung durchaus Sinn macht. Denn es gibt Unterschiede: Das Konzept ist gleich – aber anders als bei uns wurden die Lehrkräfte in Schleswig-Holstein intensiv fortgebildet, die Schulen bekamen zusätzliche Stunden.

Bei der Digitalisierung setzt das Kultusministerium auf 120 Lehrkräfte. Sie sollen in einem überwiegend online ablaufenden Prozess die Fortbildungskonzeption für 120.000 Lehrkräfte entwickeln.

Das alles funktioniert so nicht. Qualitätsentwicklung braucht den ernsthaften politischen Willen, Vorhaben so auszustatten, dass sie erfolgreich umgesetzt werden können. Dieser Wille fehlt und deshalb auch das notwendige Geld. Mit immer weniger Ressourcen soll immer mehr geleistet werden.

Bei meinen Besuchen an Schulen und den Gesprächen mit Lehrkräften und Schulleitungen begegnen mir immer häufiger Kolleginnen und Kollegen, die trotz sehr großem Arbeitseinsatz die Wirksamkeit ihrer Arbeit in Frage stellen und denen die Motivation und die Kraft, neue Projekte anzugehen, verlorengegangen sind. Eine ähnliche Stimmung nehme ich in der Schulverwaltung und bei den Aus- und Fortbildner/innen wahr.

Entscheidend für die Schulqualität ist, ob und vor allem wie die Lehrkräfte bei den alltäglichen Herausforderungen unterstützt werden. Dafür braucht es eine stabile Unterrichtsversorgung und eine professionelle Begleitung der Schulen bei den Veränderungsprozessen. Beides fehlt. Besser wird so nichts. Die GEW macht das in allen politischen Gesprächen und öffentlich deutlich. Auch Lehrkräfte und Schulleitungen müssen das gegenüber den Eltern laut und deutlich thematisieren. Es geht um die Schülerinnen und Schüler, es geht um unsere Arbeitsbedingungen und um unsere Gesundheit.

Jetzt kommen die Sommerferien. Ich wünsche Ihnen allen gute Erholung. Im nächsten Schuljahr geht der Kampf für unsere Interessen und für gute Bildung weiter.

How Horiba

Mit freundlichem Gruß

Ihre







5. 20 TitelthemaVerbraucherbildung:
Umgang mit Konsum will gelernt sein



In dieser Ausgabe

Titelthema

- 20 Verbraucherbildung: Umgang mit Konsum will gelernt sein
- 24 Themen sind nah am (Konsum-)Alltag der Schüler/innen
- 27 Initiativen zulassen, Rückschläge aushalten

Arbeitsplatz Schule / Kindertageseinrichtung

- 6 Junglehrer/innen werden erst ab ihrer Vereidigung bezahlt und versichert
- 6 Kultusministerium macht Druck: weniger Teilzeit und Beurlaubungen
- 13 Schul- und Kultusverwaltung: Raubbau der Schulaufsicht
- **14** Lehrereinstellung 2018/2019: Für Bewerber/innen gut, für Schulen schlecht
- **34** Herkunftsprachlicher Unterricht: In staatliche Verantwortung nehmen

Aus-, Fort- und Weiterbildung Hochschule

- 7 Fortbildungen an Samstagen und in den Schulferien?
- 12 Aufbaustudium Sonderpädagogik: Landesregierung kann Versprechungen nicht einhalten
- **36** Honorarlehrkräfte im Ländle, vereinigt euch!

Recht/Geld

- 11 Horizontaler Laufbahnwechsel: Die ersten Lehrkräfte erhalten A13
- **30** Landesrechnungshof: Gutachten ohne pädagogischen Sachverstand

Aus der Arbeit der GEW

- 8 "GEW für bessere Bildung unterwegs"
- 10 Schulbesuche an Gemeinschaftschulen in Herrenberg und Schwäbisch Hall
- 19 Berufsbildungstag: Qualität sichern Integrationskraft stärken
- 32 Interview: Mit einem guten Betriebsrat sind die Beschäftigten zufriedener

Gesellschaft

35 Antidiskriminierungsberatung: Neue Online-Beratung hilft landesweit

Rubriken

- 3 Was uns bewegt
- **6** Aktuell
- 37 Kurz berichtet
- **40** Jubilare
- 42 Vor Ort
- 43 Vor Ort/Totentafel
- **44** Vor Ort/Impressum
- **45** Leserbrief / Buchtipp

Heftmitte: Bildungsprogramm Herbst/Winter 2018/19

Titelbild: Fotolia

Redaktionsschluss für jede b&w Ausgabe: jeweils der 15. des Vormonats

SCHULJAHRESBEGINN

Junglehrer/innen werden erst ab ihrer Vereidigung bezahlt und versichert

Zum Schuljahresbeginn werden in Baden-Württemberg tausende junger Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen ihre Arbeit beginnen. Da die Lehramtsanwärter/innen zum Schuljahresende entlassen und erst am letzten Freitag der Sommerferien eingestellt werden, gibt es neben dem Verdienstausfall auch ein Versicherungsloch. Die Kolleg/innen sind in dieser Zeit über das Land weder kranken- noch unfallversichert. Der HPR GHWRGS hat dem Kultusministerium Vorschläge gemacht, wie gelöst werden könnte, dass die neuen Kolleg/ innen bereits in den Sommerferien abgesichert an Konferenzen und Besprechungen teilnehmen können. Das Kultusministerium hat in einem Schreiben an den HPR GHWRGS deutlich gemacht, dass dies bewusst so gehandhabt wird.

Das Land besteht auf der Regelung, dass das Arbeitsverhältnis der jungen Lehrer/innen erst am festgelegten Freitag beginnt, dass die Kolleg/innen erst dann versichert sind und erst dann mit dem nötigen Versicherungsschutz an den Konferenzen teilnehmen können.

Das KM schreibt "Letztlich ist die Teilnahme an den Kooperationssitzungen bzw. Konferenzen (...) dem privaten Lebensbereich zuzuordnen und kann nur über eine private Versicherung abgesichert werden." Damit wird das Risiko auf die jungen Kolleg/innen abgewälzt.

Junge Kolleg/innen stecken in der Zwickmühle

Es ist nicht nur ein Versicherungsproblem. Das Land bringt die jungen Kolleg/innen in eine unmögliche Lage. Natürlich wäre es sinnvoll, wenn sie sich an den Vorbereitungsarbeiten, den Besprechungen und den Treffen mit den Kolleg/innen am Ende der Sommerferien beteiligen würden. Viele der jungen Kolleg/innen tun es auch. Aber sie

werden dafür nicht bezahlt. Die jungen Kolleg/innen sind in der Zwickmühle: Einerseits wollen sie an der neuen Schule gut starten - andererseits können sie nicht ohne Versicherungsschutz und sollten nicht ohne Bezahlung arbeiten. Alle Kolleginnen, Kollegen und die Schulleitungen sollten Rücksicht auf die jungen Kolleg/innen nehmen und auf keinen Fall erwarten, dass sie als Privatpersonen ohne Verdienst und Versicherungsschutz an Besprechungen usw. vor der Einstellung teilnehmen. Das Land muss diesen unwürdigen Zustand beenden und die jungen Kolleg/innen spätestens am 1. September, besser zum Ende Vorbereitungsdiensts einstellen. Aber dafür fehlt angeblich das Geld.

Michael Hirn

Redakteur der b&w Mitglied im Hauptpersonalrat GHWRGS

TEILZEIT, BEURLAUBUNGEN

Kultusministerin macht Druck: weniger Teilzeit und Beurlaubungen

Die Unterrichtsversorgung an den Schulen ist schlecht. Daran sind die früheren und die jetzige Landesregierung schuld. Durch eine verfehlte Steuerung der Studienplätze in den Lehramtsstudiengängen gibt es zu wenig Bewerber/innen für die Stellen an den Schulen. Um die Unterrichtsversorgung zu verbessern, möchte das Kultusministerium jetzt dafür sorgen, dass die Regierungspräsidien weniger Anträge auf Teilzeit oder Beurlaubungen aus "sonstigen Gründen" genehmigen.

Lehrkräfte können aus verschiedenen Gründen eine Teilzeitbeschäftigung oder eine Beurlaubung beantragen. Anträge aus familiären Gründen sollen auch künftig genehmigt werden. Nicht aus Großzügigkeit: Die Lehrkräfte haben darauf schlicht einen höheren gesetzlichen Anspruch.

Bei Anträgen aus sonstigen Gründen ist das anders. Kultusministerin Susanne Eisenmann hat die Regierungspräsidien und Staatliche Schulämter schon zum Schuljahresbeginn darauf hingewiesen, dass Anträge auf Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung aus sonstigen Gründen nur noch genehmigt werden sollen, wenn dienstliche Gründe nicht entgegenstehen.

Individuelle Abwägung verlangt

Trotz dieser Anweisung wurden viele Anträge genehmigt. Deshalb hat Kultusministerin Eisenmann die Regierungspräsidien erneut aufgefordert, restriktiv mit diesen Anträgen umzugehen. Sie macht deutlich, dass die Sicherung der Unterrichtsversorgung wichtiger ist, als die Gründe der Kolleg/innen, die aus sonstigen Gründen in Teilzeit arbeiten oder beurlaubt werden wollen. Für jeden Antrag auf Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung aus sonstigen Gründen muss deshalb eine individuelle Abwägung mit der Versorgungssituation an der jeweiligen Schule, an der die antragstellende Lehrkraft unterrichtet, erfolgen.

Damit wird sich die Arbeitszufriedenheit an den Schulen verschlechtern. Niemand stellt aus Faulheit einen Antrag auf Teilzeit oder Beurlaubung. Auch "sonstige Gründe" sind gute Gründe. Die Kolleg/innen müssen die Folgen der misslungen Steuerung der Studienplätze und des Lehrkräftenachwuchses tragen. Eine fürsorgliche Personalentwicklung sieht anders aus.

Übrigens bestimmt der Personalrat bei der Ablehnung eines Antrags auf Teilzeitbeschäftigung oder Urlaub mit, wenn der/die Beschäftigte das beantragt. Kolleg/innen, die einen Antrag auf Teilzeit oder Urlaub aus sonstigen Gründen stellen wollen, sollten sich von der GEW beraten lassen und den zuständigen Personalrat um Unterstützung bitten.

Michael Hirn

FORTBILDUNG LEHRKRÄFTE

Neue Oberfläche in LFB-Online

Seit Jahren melden sich Lehrkräfte über LFB-Online zu Fortbildungen an. Die Seite war unübersichtlich, nicht intuitiv und veraltet. In vielen Erörterungen hat der HPR GHWRGS das Verfahren kritisiert. Es hat Jahre gedauert – aber jetzt wurde das Verfahren vom Kultusministerium überarbeitet und deutlich verbessert.

Lehrkräfte können jetzt auch ohne Anmeldung nach Fortbildungen recherchieren. Nach der Anmeldung mit den persönlichen Zugangsdaten (erhält eine Lehrkraft von der Schulleitung) können sich die Lehrkräfte Fortbildungen suchen und sich dazu anmelden. Bei der Suche können die Lehrkräfte nach Schulart, Thema, Region usw. filtern. Eine Suche mit Kriterien kann gespeichert und später wiederholt werden. Gebuchte Fortbildungen werden angezeigt und das Portfolio absolvierter Fortbildungen ist verfügbar.

Die Seite wird weiter überarbeitet. Im Vergleich zum alten Verfahren ist das neue LFB-Online eine echte Verbesserung und Arbeitserleichterung für alle Lehrkräfte. Einfach mal ausprobieren! Leider ist die Seite, auf der die Schulleitungen die Fortbildungen des Kollegiums genehmigen und verwalten, noch nicht überarbeitet und immer noch eine Zumutung für die Nutzer/innen. Das Kultusministerium will auch dieses Verfahren in den kommenden Monaten neu aufsetzen. Der HPR GHWRGS wird diesen Prozess unterstützen.

Michael Hirn Redakteur der b&w

Mitglied im Hauptpersonalrat GHWRGS



FORTBILDUNG FÜR LEHRER/INNEN

Fortbildungen an Samstagen und in den Schulferien?

Über die Organisation der Fortbildung für Lehrer/innen streitet sich der Hauptpersonalrat (HPR) GHWRGS regelmäßig mit dem Kultusministerium (KM). Zweimal wurde in einer Einigungsstelle festgelegt, dass Fortbildungen am Wochenende oder in den Ferien Ausnahmen sein müssen und es alternative Angebote während der Unterrichtszeit geben muss.

In einem Einigungsstellenverfahren im November 2016 haben sich das KM und der HPR GHWRS folgendermaßen geeinigt: Zwei je zweieinhalbtägige Fortbildungen an der Landesakademie "Erfolgreiche Klassenführung" für Grundschulen mit bis zu zehn Lehrkräften und "Mit Fortbildungsplanung Schule gestalten" für GHWRGS-Schulen mit bis zu ca. 15 Lehrkräften (überwiegend Grundschulen) werden nicht nur unter Einbeziehung des Samstags, sondern auch von Montag bis Freitag angeboten. Diese Regelung gilt ab dem 2. Halbjahr 2017 für drei Jahre.

Nicht in den Sommerferien

Bei der Einigungsstelle im März 2018 wurde die Führungskräftefortbildung "Auf dem Weg zur gesunden, kreativen und leistungsstarken Schule" verhandelt. Das KM wollte die Fortbildung nur von Mittwochabend bis Samstagmittag anbieten. Für Schulen mit weniger als 40 Lehrkräften sollte es noch ein Angebot in der ersten Sommerferienwoche geben. Dieser Planung hat der HPR GHWRGS nicht zugestimmt. Das KM behauptete, dass diese Termine den Wünschen der Schulleitungen an kleinen Schulen entsprechen würden. Der HPR GHWRGS bezweifelte, dass diese Meinung für alle interessierten Kolleg/ innen gelten würde. Ein systematisches Meinungsbild hat das KM nicht erhoben. Sehr fragwürdig war für den HPR GHWRGS auch, dass ausgerechnet diese Fortbildung zur Gesundheitsförderung am Wochenende bzw. in den Ferien stattfinden sollte.

Bei der Einigungsstelle wurde der Kompromiss gefunden, dass einer der beiden Termine nach Wahl der Teilnehmer/ innen in und der andere außerhalb der Sommerferien stattfindet. Die Streichung des Samstages konnte nicht erreicht werden, da im Rahmen des eingeschränkten Mitbestimmungsverfahrens die Durchsetzungsmöglichkeiten des HPR begrenzt sind.

Den GEW-Mitgliedern im HPR GHWRGS war es vor allem wichtig, der Ausweitung von Fortbildungen an Samstagen und in den Schulferien entgegenzuwirken. Sie sind auch wegen der zusätzlichen Belastungen durch den Personalmangel, vor allem an den Grundschulen und den SBBZ, äußerst fragwürdig.

Nicht nur persönliche Entscheidung

Es gibt bestimmt einzelne Lehrkräfte oder Schulleitungen an kleinen Schulen, die Fortbildungen an Samstagen und in den Schulferien bevorzugen, um ihre Kolleg/innen nicht durch Vertretungen zusätzlich zu belasten. Aber diese Kolleg/innen verzichten so auf die verdiente und notwenige Erholung. Und die Terminwahl ist nicht nur eine persönliche Entscheidung. Jeder Kollege und jede Kollegin, die am Wochenende oder in den Ferien an Fortbildungen teilnehmen, geben ein Signal an das KM. Das KM kann daraus eine grundsätzliche Akzeptanz ableiten. Künftig könnten dann zunehmend Fortbildungen außerhalb der Unterrichtszeit angeboten wer-

Das Kultusministerium hat bestritten, eine generelle Ausweitung von Fortbildungen an Samstagen und in Schulferien anzustreben. Die GEW und der HPR kämpfen dafür, dass es dabei bleibt!

Günther Thum-Störk Hauptpersonalrat GHWRGS







GEW für bessere Bildung unterwegs

Ein Schulbesuch, ein Gespräch mit Vertreter/innen der PH Ludwigsburg und ein Treffen mit Vertrauensleuten standen auf dem Programm, als die GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe Anfang Juli Baden-Württemberg besuchte.

Erste Station war die Kirbachschule, eine Grund- und Werkrealschule in Hohenhaslach, einem kleinen Ort, umgeben von Weinbergen und Feldern, in der Nähe von Ludwigsburg. Marlis Tepe, die GEW-Landesvorsitzende Doro Moritz, geladene Kommunalpolitiker/innen und selbst die Elternvertreter/innen staunten über die gute Lernatmosphäre der Grundschule. Dort wird ein Konzept gelebt, das die Lehrerin Kerstin Vollmer gemeinsam mit Schulleiter Rainer Graef und ihren Kolleg/innen entwickelt haben. Es trägt den etwas sperrigen Titel "Erfolgreiches

- 01 Besuch in der Klasse 3 der Kirbachschule. Von links stehend: Schulleiter Rainer Graef, GEW-Vorsitzende Marlis Tepe, GEW-Landesvorsitzende Doro Moritz und Klassenlehrerin Kerstin Vollmer
- **02** Lernstation einer Grundschülerin
- 03 Kerstin Vollmer erklärt Doro Moritz das Lernregal, mit dem Kinder Unterrichtsmaterial auswählen können.
- 04 Rainer Graef zeigt Marlis Tepe und Doro Moritz den selbst angelegten Weinlehrpfad der Kirbachschule.

Lernen in der Grundschule: Wertschätzender Umgang mit den Leistungen der Kinder im Rahmen individualisierter Lernprozesse". Eckpfeiler des Konzepts sind die Orientierung am Kind mit individuellen Lernzielen und die Leistungsrückmeldungen für die Eltern. Ziel ist es, mit dem Kind gemeinsam zu besprechen, wie es Dinge, die es noch nicht kann, am besten noch angehen kann. In Lernzielen auf Karteikärtchen wird alles gemeinsam festgehalten. "Die Eltern hatten anfangs sehr viel mehr Schwierigkeiten als ihre Kinder, von ihrer starren Notenvorstellung wegzukommen", erzählte Graef. Heute, berichtete die Vertreterin der Eltern, Stephanie Hummel, sei sie dankbar über die viel differenziertere Rückmeldung zu den Fortschritten ihres Sohnes. Für Friedrich Baumgärtner, CDU-Gemeinderat in Hohenhaslach, klingelt der Wecker, seit seine Tochter auf dieser Schule ist, deutlich früher. Seine Tochter will unbedingt möglichst früh in der Schule zu sein.

"Ein Unterricht und eine Pädagogik, wie sie an dieser Schule gestaltet wird – so stellen wir uns die Schule der Zukunft vor", sagte Marlis Tepe. "Und wir kämpfen weiter dafür, dass diese engagierten Lehrkräfte an den Grundschulen auch entsprechend nach A13 besoldet werden", ergänzte Doro Moritz.









Mit dem Rektor der PH Ludwigsburg, Prof. Martin Fix, Jörg Keßler, Professor an der PH und Prof. Wolfgang Mack, Dekan der Fakultät für Sonderpädagogik, diskutierten die GEW-Chefinnen die Studienplatzkapazitäten und die Ausstattung der PH. Tepe und Moritz sagten zu, die PHs in ihrem Wunsch nach mehr Praxis- und Profilforschung zu unterstützen.

In einem weiteren Austausch berichteten GEW-Vertrauensleute aus Grundschulen von ihren Herausforderungen. "Die Probleme, den Ganztag zu stemmen, und die ständigen Vertretungen – das sind die beiden zentralen Themen", fassten die Vertrauensleute zusammen. Doro Moritz sicherte den Lehrerinnen die Unterstützung der GEW zu.

Susanne Reinig

- **05** Rainer Graef, Marlis Tepe und Doro Moritz vor dem Häuschen im Weinberg der Schule in Hohenhaslach.
- 06 Gespräch in der Kirbachschule (WRS)
- 07 Gesprächsrunde an der PH Ludwigsburg
- 08 Von Links: Prof. Wolfgang Mack (PH), Michael Hirn (GEW), Prof. Martin Fix (PH), Marlis Tepe, Doro Moritz und Martin Hettler (alle GEW) und Prof. Jörg Kessler (PH)
- **09** Abschlussgespräch im Café Ratskeller in Ludwigsburg mit GEW-Vertauensleuten







SCHULBESUCH 1

Eltern stehen hinter der Herrenberger Gemeinschaftsschule



Die GEW-Vorsitzende schaut, wie es den Schüler/innen der Herrenberger Gemeinschaftsschule geht.

Die GEW-Vorsitzende besucht ausgewählte Gemeinschaftsschulen im Land, um sich einen Überblick über deren Arbeit zu machen, vor allem aber, um den Gemeinschaftsschulen den Rücken zu stärken. Die Herrenberger Vogt-Hess-Gemeinschaftsschule bekam Mitte Juni

bei einem solchen Schulbesuch Lob von der GEW. "Es ist beeindruckend, was Sie hier leisten. Die guten Rückmeldungen der Elternvertreterinnen zeigen, dass die Gemeinschaftsschule in Herrenberg auf einem guten Weg ist", sagte die Landesvorsitzende Doro Moritz nach einem Rundgang in der vor zwei Jahren gestarteten Gemeinschaftsschule (GMS) und einem Gespräch mit Lehrkräften und Elternvertreterinnen.

"Wir stehen hinter der Vogt-Hess", sei die Rückmeldung der Eltern, berichtet Konrektorin Brigitte Ohmenzetter. "Unsere Kinder kommen gerne in die Schule", bestätigt eine Elternvertreterin im Gespräch mit Moritz. Attraktiv findet sie unter anderem die kleinen Klassen und die individuelle Förderung. Durch die Ganztagsschule würden außerdem die Kinder fast alle Hausaufgaben in der Schule erledigen.

Moritz lobt den Einsatz des Kollegiums: "Wer nicht selbst in der Schule ist, kann oft nicht nachvollziehen, wieviel Zeit und Engagement nötig ist, um wie hier eine Schule neu zu erfinden. Aus der Landesregierung und dem Kultusministerium kommt dafür zu wenig Unterstützung."

Matthias Schneider GEW-Landesgeschäftsführer

SCHULBESUCH 2

Gewerkschaft unterstützt Gemeinschaftsschule

Anfang Juli widersprach Doro Moritz bei ihrem Schulbesuch in Schwäbisch Hall ganz entschieden dem wiederkehrenden Vorwurf, die Gemeinschaftsschule sei gegenüber anderen Schularten bevorzugt. Sie forderte die Gleichbehandlung der Schularten ein. Dazu gehöre, dass jede Schule so ausgestattet werde, dass sie ihre Aufgaben erfüllen kann. Keine andere Schulart habe so viele Aufgaben wie die Gemeinschaftsschule. Dies erfordere nicht weniger, sondern mehr Unterstützung durch die Landesregierung.

An der Gemeinschaftsschule in Schwäbisch Hall konnte sich die Gewerkschafterin vom professionellen Konzept für den Aufbau der neuen Schulart überzeugen. Die erfolgreiche Stärkung der Eigenverantwortung der Schülerinnen und Schüler für das Lernen, die Reflexion der eigenen Leistung, der Aufbau von Selbstwertgefühl und Selbstsicherheit wurde auch beim Rundgang durch die Schule



Gespräch im Rahmen des Schulbesuchs in der Gemeinschaftsschule in Schwäbisch Hall

und in den Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern sehr deutlich. "Wir brauchen Schulen, die junge Menschen für die gesellschaftlichen Herausforderungen und für die beruflichen Anforderungen stärken. Das ist ein großer und wichtiger Schwerpunkt der Gemeinschaftsschulen", betonte Doro Moritz. Damit fördert die Schule einen erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben, was Betriebe ausdrücklich schätzen. Dazu trägt auch das Projekt "X-tra 4you" bei, das von der AWO und der Stadt Schwäbisch-Hall getragen wird.

b&w

HORIZONTALER LAUFBAHNWECHSEL

Die ersten Lehrkräfte erhalten A13

Im Schuljahr 2016/17 starteten die ersten Lehrkräfte mit dem Lehrgang für einen horizontalen Laufbahnwechsel (HoLa). Im November 2017 war die Qualifizierung erfolgreich abgeschlossen. Die Absolvent/ innen sind Grund- und Hauptschullehrkräfte, die an Realschulen eingesetzt sind. Sie können nach der persönlichen Wartezeit zum 1. August 2018 in der neuen Laufbahn als Lehrkräfte an Werkreal-, Haupt- und Realschulen (WHR) ernannt und nach A13 besoldet werden. Die Landesregierung hat die notwendigen Stellen bereitgestellt. Die GEW erwartet, dass dieses Vorgehen auch für die künftigen Durchgänge gilt.

Damit die Lehrkräfte die höhere Besoldung ab August bekommen, muss ihnen die Schulverwaltung die Urkunde spätestens im August aushändigen. Für die GEW ist es ein Erfolg, dass die Ernennung zum 1. August durchgesetzt werden konnte. Damit die höhere Besoldung später beim Ruhegehalt

berücksichtigt wird, müssen die höheren Bezüge 24 nämlich Monate gezahlt worden sein. Da die Lehrkräfte zum 1. August ernannt werden, reichen zwei Schuljahre dafür aus.

Auswahl für 2018 abgeschlossen

Die Auswahl und Zulassung für die weiteren HoLa-Lehrgänge für Gemeinschaftsschulen, Realschulen und Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren sind für Herbst 2018 weitgehend abgeschlossen. Alle, die die jeweiligen Voraussetzungen erfüllen, werden zugelassen. Das ist möglich, weil Plätze umgeschichtet und freie Plätze von 2017 genutzt werden. Rund 200 beurlaubte Beamtinnen und Beamte, die an Schulen in freier Trägerschaft beschäftigt sind, werden mit Kostenausgleich der Privatschule ebenfalls zugelassen. Sie müssen analoge Voraussetzungen zu den Lehrkräften im öffentlichen Dienst erfüllen.

Die GEW freut sich mit allen Kolleginnen und Kollegen, die jetzt nach A13 besoldet werden. Der Weg zu A13 ist mit zusätzlichem Aufwand verbunden, zu einem anderen Weg war die Landesregierung aber nicht bereit.

Die GEW setzt sich weiter für die Hauptschullehrkräfte ein. Die Gewerkschaft akzeptiert nicht, dass die an den Hauptund Werkrealschulen verbleibenden Hauptschullehrkräfte nicht zu den Lehrgängen für den horizontalen Laufbahnwechsel zugelassen werden. Das Thema bleibt auf der Agenda gegenüber den politisch verantwortlichen Landtagsabgeordneten.

A13 für alle wissenschaftlichen Lehrkräfte, das heißt auch für alle Grundschullehrer/innen, bleibt das Ziel der GEW. Auch die Fachlehrkräfte und die Schulleitungen kleiner Schulen muss die Landesregierung endlich angemessen besolden.

Doro Moritz

Glosse: Messi

Gerade war mir ein dicker Aktenordner auf den Fuß gedonnert. Beim Aufprall war er auseinandergeplatzt. Die abgehefteten Blätter waren herausgeflattert und hatten sich wie übergroßes Konfetti im Raum verteilt. Eigentlich hatte ich etwas ganz anderes aus dem Regal ziehen wollen. Weil aber die Ordner so eng ins Regal gequetscht waren, war er mit heraus gerutscht.

Mein Sohn kam ins Arbeitszimmer gestürzt. "Ist was passiert?", hat er erschrocken dreinblickend gefragt. Ich stöhnte: "Nein, alles okay!" Der Sohn blieb an der Türe stehen und schaute misstrauisch auf mich herunter. "Und warum", fragte er, "sprichst mit so einer gequetschten Stimme?" "Weil ich ein Messi bin", bekannte ich gequält.

"Du?", lachte der Sohn spöttisch, "du triffst ja das Tor nicht mal, wenn du einen Meter davor stehst." "Nein", rief die Frau aus dem Wohnzimmer, "der Papa meint nicht den Fußballer!" Dann erklärte sie dem Kind, ein Messi sei jemand, der nichts wegwerfen könne und deshalb in einer völlig überfüllten Wohnung lebe, in die nichts mehr reinpasse. "Also so, wie Papas Arbeitszimmer?", fragte das Kind.

Ich balancierte noch ein bisschen über die Blätter. Es waren meine Unterrichtsentwürfe aus dem Jahr 1997. Mein zweites Tagespraktikum, erinnerte ich mich versonnen. Das konnte man doch nicht wegwerfen! All die Erinnerungen. Andererseits: Wann hatte ich diesen Ordner zum letzten Male aufgeklappt? Vor fünfzehn Jahren? Lehrer, hatte der Pädagogikprofessor damals an der PH gesagt, sind Jäger und Sammler. Ich ließ meinen Blick über die Ordnerreihen schweifen. Alle Politikvorlesungen und Seminare von 1994 bis 1998. Ebenso alle anderen Fächer. Die Unterrichtsentwürfe aus dem Referendariat. Ach – und da: Geschichte. Klasse 8 von 2005 – was hatte ich da für herrliche Ideen gehabt. Und: Meine BWL-Hefte aus dem Wirtschaftsgymnasium...

Und meine Pädagogikbücher... Die John-Lennon-Büste... meine Kassetten ...

Meine Frau schob mit der Tür raschelnd ein paar Blätter zur Seite. "Ich hab dir hundert Mal gesagt, dass du den alten Käse wegwerfen sollst, guck dir das doch mal an hier!" Dieses Gespräch führen wir jedes Schuljahresende. "Weißt du", antwortete ich, "ich sehe das weniger als Arbeitszimmer, sondern mehr als eine Art Kunstwerk, das ganz persönliche Erinnerungsspuren bewahrt." Meine Frau machte ihr Nicht-Witzig-Gesicht und sprach: "Kann sein, aber vor allem bewahrt es ganz persönliche Chaosspuren!"

"Genau wie der Messi bei der Weltmeisterschaft", rief mein Sohn von seinem Zimmer aus, "hält er den eigenen Strafraum nicht sauber!" Ich war also doch in jedem Sinne: Ein Messi. Ein Messi der Pädagogik.

Jens Buchholz

AUFBAUSTUDIUM SONDERPÄDAGOGIK

Landesregierung kann Versprechungen nicht einhalten

Seit Jahren gibt es für das Lehramt Sonderpädagogik zu wenig junge Lehrer/innen. In diesem Jahr gab es (wie schon 2017) für über 100 Stellen keine Bewerber/innen. Nur rund 250 Stellen konnten bisher besetzt werden. Das Aufbaustudium dafür muss attraktiver werden.

Verantwortlich für den Lehrermangel sind die letzten Landesregierungen, die an den Pädagogischen Hochschulen seit Jahren zu wenig Studienplätze geschaffen haben. Auch der aktuellen Landesregierung und Kultusministerin Susanne Eisenmann gelingt es nicht, für mehr Bewerber/innen in Sonderpädagogik zu sorgen. Seit Jahren fordert die GEW, Lehrkräften mit anderen Lehramtsabschlüssen das sonderpädagogische Aufbaustudium zu ermöglichen. Lehrkräfte mit 2. Staatsexamen könnten nach dem zweijährigen Aufbaustudium als Lehrkräfte für Sonderpädagogik an den SBBZ oder in der Inklusion arbeiten. In den 70er- und 80er-Jahren gab es auch einen Lehrkräftemangel im sonderpädagogischen Bereich. Damals wurden Lehrkräfte bei vollen Bezügen für das Aufbaustudium beurlaubt.

Die derzeitige Landesregierung ist nicht so großzügig. Das Kabinett hat im Frühjahr 2017 die Rahmenbedingungen für den "Horizontalen Laufbahnwechsel" beschlossen. Lehrkräfte an Haupt-/ Werkrealschulen können mit diesem Programm in neue Lehrämter wechseln. In der Gruppe 4 können sie sich für ein modifiziertes Aufbaustudium Sonderpädagogik bewerben. Das KM hat erwartet, dass ab 2018 jährlich 100 Lehrkräfte das Studium beginnen. Ab 2020 könnten so jährlich 100 neue Lehrkräfte für Sonderpädagogik an den SBBZ und in der Inklusion unterrichten.

Eigentlich ein guter Plan. Aber statt der Beurlaubung bei vollen Bezügen bekommen die Lehrkräfte in Gruppe 4 ab 2018 nur sechs (von 27) Wochenstunden Deputatsanrechnung. Sie müssen zwar nur 75 Prozent der Inhalte studieren – sechs Anrechnungsstunden sind dafür

zu wenig. Außerdem ist die Wahl der Fachrichtungen eingeschränkt. Auch das liegt an den politischen Vorgaben und der finanziellen Ausstattung. Die Pädagogischen Hochschulen bekommen vom Land nicht genug Geld, um das Personal für Studienplätze in weiteren Fachrichtungen einzustellen. Deshalb kann nicht jede Fachrichtung an beiden Studienorten gewählt werden - das macht den Studiengang unattraktiv. Nicht zuletzt müssen die Teilnehmer/innen weite Fahrwege in Kauf nehmen - für die nur 50 Prozent der anfallenden Reisekosten erstattet werden. Auch das ist ein Teil der politischen Vorgaben.

Politische Vorgaben lassen keinen Spielraum

Der Hauptpersonalrat GHWRGS hat diese Rahmenbedingungen zusammen mit der GEW massiv kritisiert und mit allen Mitteln des Personalvertretungsrechts bis zur Einigungsstelle versucht, Verbesserungen zu erreichen. Leider ohne Erfolg – das KM hatte aufgrund der politischen Vorgaben der Landesregierung keinen Spielraum.

Statt mit den erwarteten 100 Lehrkräften rechnen die PHs Heidelberg und Ludwigsburg zusammen nur mit rund 25 Bewerber/innen für das modifizierte Aufbaustudium. Also werden auch über 2020 hinaus Lehrkräfte für Sonderpädagogik fehlen. Die Bedingungen für den Unterricht der Kinder mit Behinderung an den SBBZ und in der Inklusion werden sich nicht verbessern. Und die Belastung der Lehrkräfte steigt.

Verbesserungen wären einfach: Die Landesregierung müsste mehr Geld zur Verfügung stellen: Lehrkräfte für das Aufbaustudium bei vollen Bezügen oder zumindest mit einem halben Deputat beurlauben, das Programm für andere Lehrämter (z.B. GHS-Lehrkräfte an Grundschulen) öffnen und den Hochschulen die Studienplätze voll finanzieren. Bei der wirtschaftlichen Lage des Landes sollte das kein Problem sein.

> **Michael Hirn** Redakteur der b&w

Konzept des Aufbaustudiums

GHS-Lehrkräften, die überwiegend an Haupt-/Werkrealschulen eingesetzt sind, soll durch das zweijährige modifizierte Aufbaustudium an den Pädagogischen Hochschulen Heidelberg und Ludwigsburg die Möglichkeit für einen Einsatz als Lehrkraft für Sonderpädagogik an einem sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ) ermöglicht werden. Das Aufbaustudium erfolgt in den sonderpädagogischen Fachrichtungen "Lernen", "emotionale und soziale Entwicklung" sowie "körperliche und motorische Entwicklung" als erste sonderpädagogische Fachrichtung. Insgesamt müssen die Teilnehmer/ innen in den vier Semestern 90 Creditpoints (CP) erwerben. Das reguläre Aufbaustudium (das nicht als berufsbegleitender Studiengang konzipiert ist) umfasst 120 CP.

Die Veranstaltungen sollen als Präsenzveranstaltungen in Heidelberg oder Ludwigsburg und dezentral, auch über E-Learning wohnortnah angeboten werden. Auch die Praktika können wohnortnah absolviert werden.

SCHUL- UND KULTUSVERWALTUNG

Raubbau der Schulaufsicht

Den Beschäftigten in der Schul- und Kultusverwaltung geht die Orientierung verloren. Der Umbau der Institutionen, Stellenabbau, Rückführung von Abordnungen, ein Beurteilungssystem mit Richtwerten und ein Klima des Misstrauens tragen zu massivem Vertrauensverlust, Demotivation und schlechteren Arbeitsbedingungen bei.



Vor allem Schulämter und Seminare verlieren Personal.

207 Stellen verliert die Schul- und Kultusverwaltung zum Schuljahr 2018/19 durch die Rückführung von Abordnungen, weitere 90 Deputate im Schuljahr 2019/20. Das Kultusministerium hat sich als Ersatz für die vielen Abordnungen 112 aus Lehrerstellen finanzierte Planstellen übertragen lassen. Seminare und Schulämter gingen dagegen leer aus. Im Kontingent der 207 Deputate sind auch die Kürzungen um 25 Deputate aus dem Budget der Ausbildungsseminare enthalten – Stunden, die den Seminaren laut Verwaltungsvorschrift ausdrücklich zustehen.

Außerdem müssen 30 Personen aus den Staatlichen Schulämtern zum nächsten Schuljahr an die Schulen zurückkehren. Die Konsequenzen sind gravierend. Rund zehn Prozent der Schulratsstellen sind derzeit schon nicht besetzt, an einzelnen Staatlichen Schulämtern sogar bis zur Hälfte der Stellen. Besonders betroffen ist die Sonderpädagogik. Das wirkt sich sehr negativ auf Beratung und Unterstützung der Schulen in der Inklusion aus.

Die Unruhe in der Schul- und Kultusverwaltung ist groß. Viele sind über ihre berufliche Perspektive verunsichert. Bestehende Strukturen werden zerschlagen, aufgebaute Kompetenz kann nicht mehr wirksam werden. Für die Entscheidungen gibt es keinerlei Transparenz. Die Motivation der Beschäftigten geht angesichts solchen Umgangs gegen Null. Das ist für die bevorstehende Mammutaufgabe des Aufbaus der neuen Institute zur Qualitätsentwicklung fatal.

Die Unterrichtsversorgung an den Schulen verschlechtert sich kontinuierlich. Kultusministerin Susanne Eisenmann will sie vor allem dadurch verbessern, dass Abordnungen beendet und Schul-

ratsstellen nicht besetzt werden. Zu den Aufgaben gehören Konzeptentwicklungen und Beratungsleistungen in vielfältigen, auch neuen Herausforderungen der Schulen. Diese Aufgaben werden nun nicht mehr oder in weniger Zeit erledigt und die Schulen stehen ohne diese Zuarbeit da. Im Klartext: Anrechnungsstunden werden gekürzt, Arbeit bei anderen Beschäftigten verdichtet.

Schule ist mehr als Unterricht! Dieser Satz hat bei der Spitze des Kultusministeriums offenbar keine Gültigkeit mehr. Wer Unterstützung der Schulen abbaut, baut auch deren Qualität ab.

Aufsicht und Beratung nicht trennen

Offensichtlich steckt hinter diesen Entscheidungen mehr als das Ziel, die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Sie bereiten die Umsetzung des noch völlig unklaren neuen Qualitätskonzepts vor. Klar ist allerdings, dass Aufsicht und Beratung stärker getrennt werden sollen. Dies steht eindeutig in Widerspruch zu § 32 Schulgesetz, nach dem Aufsicht immer die Beratung einschließt. Eine Schulaufsicht, die sich auf Kontrolle und Vorgaben beschränkt und die Unterstützung und Beratung an ein großes, weit entfernt zentral gesteuertes Institut abgibt, wird nicht wirksam sein.

Die Beschäftigten in der Schul- und Kultusverwaltung brauchen gute Arbeitsbedingungen. Die Schulen brauchen die Unterstützung handlungsfähiger und kompetenter Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamten. Die GEW begleitet mit Sorge und zunehmendem Unmut diese Entwicklung.

Doro Moritz

LEHREREINSTELLUNG 2018/19

Für Bewerber/innen gut, für Schulen schlecht

An Gymnasien gibt es mehr Lehramtsbewerber/innen als Stellen. In anderen Schularten ist es umgekehrt. Da Stellen nicht besetzt werden können, müssen vor allem Grundschulen und SBBZ mit einer noch schlechteren Versorgung rechnen. In beruflichen Schulen sind trotz Stellenreduzierung die Einstellungschancen sehr gut.

Auch in diesem Jahr gibt es in allen Schularten des GHWRGS-Bereichs mehr Stellen als Bewerber/innen. Insgesamt sollten in allen Einstellungsverfahren rund 3.830 Stellen besetzt werden, demgegenüber standen ca. 3.670 Bewerber/innen. Nach der Listeneinstellung blieben zahlreiche Stellen landesweit unbesetzt, die in den Nachrückverfahren besetzt werden sollen. Auf Grund des Mangels an Bewerber/innen ist aber klar, dass nicht alle Stellen besetzt werden können.

Grundschule – Stuttgart nun Mangelregion

Zu den schon in den letzten Jahren schwierig zu besetzenden Regionen von der Baar über die Schwäbische Alb kommt nun der Großraum Stuttgart neu dazu. In der Landeshauptstadt und in den angrenzenden Landkreisen konnten und können zahlreiche Stellen nicht besetzt werden. Im Listeneinstellungsverfahren blieben im RP Stuttgart und im RP Freiburg rund 2/3 der Stellen unbesetzt, im RP Tübingen konnte die Hälfte der Stellen nicht besetzt werden. Nur im RP Karlsruhe wurden alle Stellen besetzt. Wer ein Angebot bekommt, nimmt es allerdings häufig auch in begehrten Regionen nicht an. Auch diese Stellen müssen erneut ausgeschriehen werden

Die meisten Bewerber/innen streben weiterhin in die Ballungsräume Freiburg, Karlsruhe und Heidelberg/Mannheim sowie in den Bodenseeraum, wo es allerdings sehr wenige Stellen gab. Somit gibt es auch in diesem Jahr trotz zahlreicher unbesetzter Stellen noch viele Personen ohne Einstellungsangebot. Gute Einstellungschancen hatten und haben vor allem die Personen, die sich räumlich flexibel beworben haben.

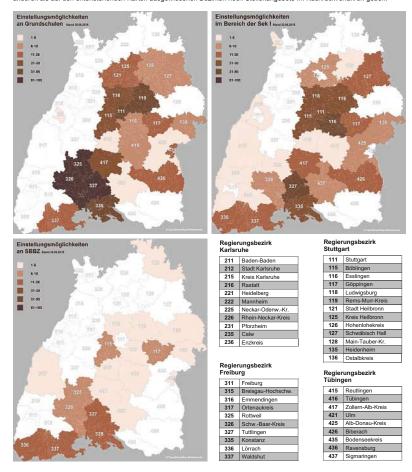
Haupt und Werkrealschulen / Realschulen / Gemeinschaftsschulen

Für die Haupt-/Werkrealschulen und Realschulen (für GMS wird kein eigenständiges Einstellungsverfahren durchgeführt) haben sich insgesamt ca. 1.680 HWR-Lehrkräfte auf 1.676 Stellen beworben. Insgesamt konnten im Listeneinstellungsverfahren sehr viele Stellen in diesen Schularten nicht besetzt werden. Die Mangelregionen sind ähnlich wie im Grundschulbereich. Vor allem im Großraum Stuttgart wird sich die Unterrichtsversorgung verschlechtern.

Im Listeneinstellungsverfahren wurde 361 Personen ein Angebot gemacht. Ins-

Einstellungsmöglichkeiten im Nachrückverfahren

Die Übersichten stellen die Situation nach den Listenauswahlsitzungen dar. Aufgrund des Annahmeverhaltens kann es auch in anderen als auf den untenstehenden Karten ausgewiesenen Bezirken noch Stellenangebote im Nachrückverfahren geben.



Quelle: Kultusministerium

Einstellungen und Bewerbungen						
	EINSTELLUNGEN				BEWERBUNGEN	
	2018			2017	2018 *	2017 *
Lehrkräfte	Stellen insgesamt	Angebote an Personen über Einstellungliste	vorab ein- gestellte Personen	Stellen		
Grundschulen	1.571	321	731	1.565	ca. 1.390	ca. 1320
Haupt-/ Werk- realschulen	406	45	230	1.676	ca. 1.680	ca. 1.900
Realschulen	1.270	316	679			
Sonder- pädagogik	344	84	153	396	ca. 360	ca. 400
musisch-tech- nische Fach- lehrkräfte	123	49	20	110	ca. 190	ca. 215
Fach-/techni- sche Lehrkräf- te Sonder- pädagogik	115^	20	22	92	ca. 50	ca. 150
Gymnasien	859	457**	402**	988***	ca. 3.000	2.837
Berufliche Schulen	1.046	99	471	702***	510 Laufbahn- bewerber + 47 TL	492 Laufbahn bewerber + 56 TL
					163 Direkt- einstieg	229 Direkt- einstieg

^{*} Vorgezogene Einstellungen plus Anzahl der Personen auf der Bewerberliste
** Stellen
*** Stellen zzgl. Teilzeitzuschlag 15%
**** Personen, ohne befristete Einstellungen

[^]incl. 27 Stellen für FL m/t

gesamt hätten 720 Personen landesweit eingestellt werden können. Die Stellen in den Ballungsräumen Freiburg, Karlsruhe und Heidelberg/Mannheim sowie im Bodenseeraum hätten vermutlich alle doppelt besetzt werden können, in anderen Regionen gab es so gut wie keine Bewerbungen.

Musisch-technische Fachlehrkäfte

Durch die Umstellung der Ausbildung der Fachlehrkräfte von zwei auf drei Jahre gab es in diesem Jahr keine Neuabsolvent/innen. Der Bedarf an Fachlehrkräften m/t liegt seit Jahren konstant bei ca. 120 Stellen. Auf Grund der regionalen Einsatzwünsche der Kolleg/innen und der in den gewünschten Regionen nicht vorhandenen Stellen wurde über das Listenverfahren nur die Hälfte der Stellen vergeben. Die fehlenden Stellen sollen nun im Nachrückverfahren besetzt werden. Vermutlich ohne großen Erfolg.

Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren,

Wissenschaftliche Lehrkräfte

Auch in diesem Jahr decken sich die Wünsche der Bewerber/innen und die Einsatzmöglichkeiten in den Regionen überhaupt nicht. Ein großer Teil der Personen bewirbt sich vor allem auf den Raum Heidelberg/Rhein-Neckar, hier gibt es aber nur sehr wenige freie Stellen. In anderen Landesteilen gibt es noch sehr viele unbesetzte Stellen, auf die sich nun die Kolleg/innen im Nachrückverfahren bewerben können. Mit Sicherheit werden wie in den Vorjahren nicht alle Stellen an den SBBZ besetzt werden können.

Im sonderpädagogischen Bereich standen für die wissenschaftlichen Lehrkräfte 344 Stellen zur Verfügung. Bei den Stellenausschreibungen an den Schulen und bei der Listeneinstellung konnten davon nur rund die Hälfte besetzt wer-

den. Auch hier zeichnet sich eine massive Verschlechterung der Unterrichtsversorgung an den SBBZ und der Inklusion ab.

Fachlehrkräfte für Geistig- bzw. Körperbehinderte und Technische Lehrkräfte

Auch bei diesen Fachlehrkräften gab es keine Neuabsolvent/innen. Folglich haben sich nur rund 50 Personen auf insgesamt 115 Stellen beworben. Es werden also etliche Schulen ohne weitere Fachlehrkraft auskommen müssen. Die ohnehin schon schlechte Unterrichtsversorgung an den SBBZ wird dadurch weiter verschlechtert. Die Umstellung auf ein dreijähriges Ausbildungsverfahren wurde von der GEW prinzipiell begrüßt, für die Unterrichtsversorgung kam sie allerdings zu einem ungünstigen Zeitpunkt.

Kommentar: So kann es nicht weitergehen!

Zum neuen Schuljahr werden wieder rund 5.000 Lehrkräfte eingestellt. Es sind allerdings fast nur Ersatzeinstellungen. Die Unterrichtsversorgung verschlechtert sich weiter, weil aufgrund des Bewerbermangels viele Stellen unbesetzt bleiben. Das ist das Ergebnis des jahrelangen und andauernden Versagens der Politik und des Kultusministeriums bei der Planung des Lehrkräftebedarfs.

Anstatt der erwarteten Entspannung an den Schulen sorgen die ernüchternden Stellenbesetzungen für Frust und Demotivation – auch bei Bewerber/innen, die kein Angebot bekommen.

So ärgerlich die Fehlplanung ist – noch erschreckender ist die Hilflosigkeit, mit der Kultusministerin Susanne Eisenmann die nicht vorhandenen Lösungen für die Versorgungsmisere überspielt. Wie ein Mantra schiebt sie die Hoffnung auf Entspannung auf das Jahr 2021. Dann soll die Pensionierungswelle abgebaut sein und die Zahl der Bewerber/innen für die freien Stellen ausreichend sein. Diese Annahme hält die GEW für falsch. Und selbst wenn: Wenn nur die freiwerdenden Stellen besetzt werden, gibt es keinerlei Spielraum für pädagogische Verbesserungen und für die Entlastung der Lehrkräfte. Das

trifft vor allem die Grundschulen, die SBBZ und die Inklusion.

Es ist ein Armutszeugnis, wie die Kultusverwaltung versucht, mit Hilfsprogrammen und Stückwerk die riesigen Löcher in der Unterrichtsversorgung zu stopfen. Dazu gehört auch der Einsatz von Gymnasiallehrkräften an den Grundschulen, der auf mäßige Resonanz stößt und alle Beteiligten vor große Herausforderungen stellt. In keinem anderen Bundesland existiert so viel politische Passivität. In Baden-Württemberg gibt es bis heute nicht genug Studienplätze für die Lehrämter Sonderpädagogik und Grundschule. Es fehlen Konzepte zur Weiterqualifizierung der sogenannten Nichterfüller/innen. Stattdessen wird die feste Vertretungsreserve in den Pflichtunterricht eingeplant, Anrechnungsstunden werden weiter gekürzt und Fortbildungen eingeschränkt. Der Bewerberüberhang im gymnasialen Bereich wird nicht für Verbesserungen, zum Beispiel den Ausbau der Vertretungsreserve,

Andere Bundesländer binden die befristet Beschäftigten durch die Bezahlung der Sommerferien und entfristen Verträge, bezahlen A 13 für alle wissenschaftlichen Lehrkräfte oder führen wie Sachsen eine Zulage in Höhe von 1.000 Euro für Referendar/innen ein, die aufs Land gehen.

Die GEW Raden-Württemberg hat die

Die GEW Baden-Württemberg hat die Befristungspraxis erfolgreich in den regionalen und bundesweiten Medien thematisiert. Kultusministerin Eisenmann verteidigt die prekären Beschäftigungen mit Zähnen und Klauen. Obwohl sich dahinter, neben der Versorgung, auch Schicksale verbergen. So sorgt sich zum Beispiel ein Kollege, der mehrfach befristet eingestellt wurde, um seine Ehefrau. Ihr Visum läuft Ende des Jahres aus und sie kann nicht eingebürgert werden, weil ein unbefristeter Arbeitsvertrag fehlt, den der Gymnasiallehrer erst zum Schuljahr 2019/20 an einer Grundschule bekommen wird.

Nicht nur schlechte Lernbedingungen, auch schlechtere Arbeitsbedingungen sind kontraproduktiv für die angeblich so wichtige Qualität an den Schulen. Sie führen zu Ausfällen und schrecken vom Lehramtsstudium ab. Natürlich wird sich die GEW trotz Lehrermangel und Sparmaßnahmen wie seit Jahren weiterhin für bessere Arbeitsbedingungen stark machen. Der Ball liegt bei der grünschwarzen Landesregierung – sie muss endlich handeln.

Doro Moritz



 $Einstellung schancen \ für\ Gymnasiallehrkr\"{a} fte\ haben\ sich\ im\ Vergleich\ zum\ Vorjahr\ noch mals\ deutlich\ verschlechtert.$

Gymnasien

Einstellungschancen verschlechtern sich

Zum Schuljahr 2018/19 bewarben sich rund 3.000 Gymnasiallehrkräfte (1.247 Neu- und 1.418 Altbewerber/innen) für den Schuldienst. Insgesamt stehen in diesem Jahr 853 Stellen in den verschiedenen Verfahren für Gymnasiallehrkräfte zur Verfügung. Dies sind 486 Beamtenstellen und 116 Stellen für Angestellte mit Übernahmegarantie ins Beamtenverhältnis zum Schuljahr2019/20 an Gymnasien und 250 Beamtenstellen an Gemeinschaftsschulen. Da wahrscheinlich nicht alle Dienstanfänger/innen mit einem vollen Deputat beginnen, dürften 950 Einstellungen möglich sein. Von diesen Stellen wurden 74 über die Zusatzqualifikation vergeben und 23 sind für Sonderverfahren und Härtefallregelung vorgesehen. Darüber hinaus bieten sich weitere Einstellungsmöglichkeiten an beruflichen Schulen.

Die Einstellungschancen in den vier Regierungspräsidien (RP) sind wie in den letzten Jahren sehr unterschiedlich. Sie waren im RP Stuttgart mit 208 Stellen im Listenverfahren deutlich am besten, im RP Karlsruhe konnten 72 und im RP Freiburg 52 Stellen vergeben werden. Im RP Tübingen war nach einem sehr erfolgreich verlaufenen Ausschreibungsverfahren, in dem bereits 36 Stellen besetzt werden konnten, für das Listenverfahren keine Stelle mehr vorgesehen. Auch fachspezifisch gibt es große Unterschiede. Die Fächer Mathematik und Deutsch haben dieselben Stundentafeln und damit einen identischen Bedarf, Bei den Bewerber/innen sehen die Zahlen ganz anders aus. Die Lehrbefähigung für Deutsch haben über 1.000 angehende Lehrkräfte, die für Mathematik nur 267. Weiterhin ist neben einer guten Leistungsziffer die räumliche Flexibilität der Bewerber/innen und die Bereitschaft, auch an eine andere Schulart zu gehen, eine notwendige Voraussetzung für ein Einstellungsangebot.

Leider haben sich die Einstellungschancen für Gymnasiallehrkräfte im Vergleich zum Vorjahr nochmals deutlich verschlechtert. Dieser Trend hat verschiedene strukturelle Ursachen und wird sich eher noch verschärfen. So neigt sich die Pensionierungswelle dem Ende zu. Im vorigen Jahr wurden 809 Stellen vor allem durch Pensionierungen frei, 2018 sind es nur 531. Alle Kollegien an Gymnasien haben sich ganz wesentlich verjüngt und so werden in den nächsten Jahren die Chancen auf Neueinstellungen weiter sinken. Gleichzeitig hat sich ein Sockel von Altbewerber/innen gebildet, der jährlich wächst.

Um dem eklatanten Mangel im Grundschulbereich entgegenzuwirken, machte das Ministerium auch in diesem Jahr gymnasialen Lehrkräften das Angebot, eine zusätzliche Laufbahnbefähigung als Grundschullehrkraft zu erwerben. Nach Bestehen der Qualifikation und einem insgesamt vierjährigen Verbleib im Grundschulbereich erhalten die Lehrkräfte eine Übernahmegarantie für das gymnasiale Lehramt. Die genauen Übernahmeregularien sind allerdings nach wie vor unklar. Bis Ende Juni 2018 hatten rund 90 Kolleg/innen dieses Angebot angenommen.

bildung & wissenschaft 07-08 / 2018

Berufliche Schulen KM baut rund 250 Stellen ab

Die GEW hat bereits zu Beginn des Jahres massiv kritisiert, dass an den beruflichen Schulen 600 Stellen abgebaut werden sollen. Das KM hat dies in einer Presseerklärung als "schlichtweg falsch" bezeichnet. Seit der Einstellungssitzung wissen wir nun, dass genau dieses geplant war.

Insgesamt 417 Stellen sollen in andere Schulbereiche verlagert werden. Dazu kommen 200 Abordnungen aus dem Gymnasium, die zum Sommer auslaufen. Rund 15 Abordnungen werden voraussichtlich um ein Jahr verlängert, der Rest geht an das allgemeinbildende Gymnasium zurück. In der Summe wäre dies faktisch einem Abbau von 602 Deputaten gleichgekommen.

Kritik der GEW zeigt Wirkung

Die Stellenverlagerungen werden zwar realisiert, das KM weist den beruflichen Schulen aber im Gegenzug 233 Stellen zu. Kurzfristig wurden Anfang Juli weitere 132 Deputate vor allem für die Erhöhung der Stundentafel im VABO bereitgestellt, so dass in der Summe 365 Deputate zugewiesen werden.

Durch den Umtausch von TL-Stellen in WL-Stellen gehen 19 Deputate verloren. In der Summe reduziert sich der Stellenabbau damit auf 256 Deputate. Allerdings gibt es an den beruflichen Schulen immer noch 643 Stellen für den Unterricht für Flüchtlinge. Sie sollen zum 1. August 2019 wegfallen. Hier werden Stellenstreichungen erneut ins nächste Schuljahr verlagert.

Trotzdem bleibt die Stellensituation unbefriedigend. Da 132 Deputate für zusätzlichen Unterricht im VABO benötigt werden, bleibt der Stellenabbau in jedem Fall höher als die demographische Rendite von 340 Stellen, von der das KM ausgeht. Das Statistische Landesamt prognostiziert für das kommende Schuljahr

einen Rückgang von ca. 9.500 Schüler/ innen. Rückläufige Zahlen wird es sicher geben, Ausmaß und Umfang bleiben jedoch abzuwarten. In den vergangenen vier Jahren sind die Einstiegsklassen der dualen Ausbildung erfreulicherweise stabil geblieben und weder Wirtschaft noch Politik haben ernsthaft ein Interesse an einem Rückgang.

Damit droht die Gefahr, dass sich die Unterrichtsversorgung im kommenden Schuljahr wieder verschlechtert. Spielraum für pädagogische Verbesserungen, etwa Förderstunden für die Eingangsklassen der beruflichen Gymnasien oder eine Absenkung des Klassenteilers in Klassen mit überwiegendem Anteil an Migranten auf 24 wird es so nicht geben.

Einstellungen erfreulich

Die Einstellungssituation bleibt aufgrund von Sondereffekten dagegen insgesamt erfreulich. So waren im laufenden Schuljahr 180 Stellen unbesetzt, weitere 290 Stellen wurden über befristete Arbeitsverträge besetzt, die jetzt auslaufen. Insgesamt stehen damit im Sommer 1.046 Deputate (943 WL und 73 TL) für die Einstellung zur Verfügung.

344 der 406 (85 Prozent) Referendar/ innen haben bereits ein Einstellungsangebot erhalten. Dazu kommen 41 Altbewerber/innen, 60 Lehrkräfte mit gymnasialer Ausbildung, 6 Sonderschullehrkräfte und eine Realschullehrkraft. Weitere 61 Laufbahnbewerber/innen (neu) und 50 (alt) haben einen Zwischenbescheid erhalten und können sich im Nachrückverfahren auf schulbezogene Stellenausschreibungen bewerben.

Da in den vergangenen Jahren viele Allgemeinbildner/innen eingestellt wurden, gibt es inzwischen an vielen Standorten einen Überhang, vor allem in den Fremdsprachen, in Deutsch und Geschichte/Gemeinschaftskunde. Bewerber/innen mit diesen Fächern müssen regional flexibel sein, wenn sie

ein Einstellungsangebot erhalten wollen. Einen erheblichen Bewerbermangel gibt es nach wie vor bei den Naturwissenschaften und in vielen berufsbezogenen Fächern im Gewerbe. Für letztere konnten bislang nur 66 Laufbahnbewerber/ innen und 43 Direkteinsteiger/innen gewonnen werden. Dies ist insgesamt viel zu wenig, um die Bedarfe an den Schulen zu decken. Das KM wird deshalb auch im kommenden Schuljahr ca. 350 Deputate mit befristeten Verträgen besetzen in der Hoffnung, diese Stellen in den kommenden Schuljahren mit der gesuchten Fächerkombination besetzen zu können.

Auch die Zahl der Interessenten für den Direkteinstieg ist erneut zurückgegangen (2016: 443, 2017: 229, 2018 163). Gerade bei guter Konjunktur kann das KM z.B. im Elektro- oder Metallbereich oder bei Informatiker/innen nur begrenzt mit der Wirtschaft konkurrieren. Hier rächt sich, dass das Land über Jahre hinweg seine Beschäftigten vornehmlich als Sparpotential betrachtet hat. Auch die Pläne, Teilzeit und Anrechnungsstunden einzuschränken und die Überlegung, z.B. mit Arbeitszeitkonten mehr Unterrichtsstunden aus den Lehrkräften herauszupressen, sind hier völlig kontraproduktiv.

Unabhängig davon ist derzeit immer noch ein erheblicher Teil der Stellen unbesetzt. Auch wenn diese teilweise mit befristeten Arbeitsverträgen besetzt werden, gibt es im beruflichen Bereich nach wie vor Einstellungschancen. Das KM wird jetzt auf die Gymnasialliste zurückgreifen und verbleibende Stellen im Nachrückverfahren ausschreiben.

Stefan Bauer
Hauptpersonalrat GHWRGS
Barbara Becker
Hauptpersonalrat Gymnasium
Michael Futterer
Hauptpersonalrat berufliche Schulen







Teilnehmer/innen der Podiumsdiskussion beim Berufsbildungstag 2018

BERUFSBILDUNGSTAG BADEN-WÜRTTEMBERG 2018

Qualität sichern – Integrationskraft stärken

Mit dem Tag der Berufsbildung Baden-Württemberg bieten die GEW und der DGB Lehrkräften, Ausbilder/innen, Vertreter/innen aus Politik und Gesellschaft sowie Arbeitnehmervertreter/innen Gelegenheit, sich über aktuelle Herausforderungen für die berufliche Bildung zu informieren und auszutauschen. Gastrednerin in diesem Jahr war Kultusministerin Susanne Eisenmann.

Ausgangspunkt der Diskussion beim Tag der Berufsbildung Anfang Juli 2018 in Stuttgart war der Ausbildungsreport der DGB-Jugend vom November 2017 zur Qualität der Berufsausbildung in Baden-Württemberg. Als Konsequenz fordern DGB und GEW die Einrichtung eines Ausbildungsmonitorings, landesweiten bei dem Berufsschule und Kammern eng mit Ausbildungsbetrieben, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten und der Bundesagentur für Arbeit zusammenarbeiten. Das Monitoringsystem soll ein Frühwarnsystem sein, das Probleme früh identifiziert, akut gefährdete Ausbildungsverhältnisse in den Blick nimmt und als Instrument der Qualitätssicherung in der dualen Ausbildung genutzt wird.

Erfolg der Gewerkschaften

Kultusministerin Susanne Eisenmann kündigte in ihrer Rede an, dass das KM die Stundentafel des VABO um 10 Schülerwochenstunden anheben will. Die Maßnahme soll bereits zum kommenden Schuljahr in Kraft treten. Darüber hinaus soll auch die Zahl der vierstündigen Sprachförderkurse, die in den nachfolgenden Bildungsgängen eingesetzt werden

können, erhöht werden. Die beruflichen Schulen erhalten dafür zusätzlich 132 Deputate zugewiesen!

Mittlerweile sind rund 3.000 Geflüchtete in der Dualen Ausbildung angekommen. Die Erfahrung an den Schulen und in den Betrieben zeigt jedoch, dass die Deutschkenntnisse in vielen Fällen unzureichend sind. GEW und DGB fordern deshalb seit langem, dass das Land mehr in die Sprachförderung investieren muss. Sprachkenntnisse sind ein wesentliches Element für eine gelingende Integration.

Pädagogische Verbesserungen ermöglichen

In der Podiumsdiskussion mit Michael Futterer (stellvertretender GEW-Landesvorsitzender), Klaus Lorenz (Leiter der Abteilung Berufliche Schulen im KM), Andre Fricke (DGB-Bezirksjugendsekretär) und Hanna Winter (Gewerkschaft NGG) wies der GEW-Vertreter auf die unbefriedigende Situation an den beruflichen Schulen hin und kritisierte den Abbau von ca. 250 Stellen im kommenden Schuljahr. Der zu erwartende Rückgang der Schülerzahlen müsse genutzt werden, um das Unterrichtsdefizit weiter abzu-

bauen und pädagogische Verbesserungen zu ermöglichen. Dadurch biete sich die Chance, die Qualität des Unterrichtes zu erhöhen sowie schwächere und leistungsstärkere Jugendliche individuell stärker zu fördern. Dazu gehöre neben der weiteren Sprachförderung auch die Möglichkeit, Zusatzqualifikationen wie die Fachhochschulreife zu erwerben. "Insbesondere bei der Sprachförderung von Geflüchteten in Ausbildung fordern wir die Betriebe auf, die Auszubildenden zusätzlich freizustellen und alles daran zu setzen, Ausbildungsabbrüche zu vermeiden", sagte Futterer.

DGB und GEW fordern außerdem, das Modellprojekt Neuordnung des Übergangs Schule/Beruf zum flächendeckenden Angebot auszuweiten. Zentral für den Erfolg ist im neuen berufsvorbereitenden Bildungsgang AVdual der vom Wirtschaftsministerium geförderte AVdual-Begleiter. "Ohne AV-Begleiter und dessen zusätzlicher Unterstützung drohen die Jugendlichen am Übergang von der Schule in den Beruf zu scheitern", urteilte Futterer.

b&w



VERBRAUCHERBILDUNG

Umgang mit Konsum will gelernt sein

Mit der Globalisierung und Digitalisierung verändert sich die Konsumgesellschaft grundlegend. Kinder und Jugendliche sollen in den Schulen auf die Herausforderungen vorbereitet werden. In Baden-Württemberg wird Verbraucherbildung als Teil des Verbraucherschutzes mit der entsprechenden Leitperspektive im Bildungsplan umgesetzt. Ob das ausreicht, ist fraglich.

"Facebook ist nicht mehr unser Ding", sagte Mia aus einem Stuttgarter Gymnasium. Mit über einer Milliarde Nutzer/ innen ist Instagram auf Platz eins der Social Media gelandet, so lautet sinngemäß eine Schlagzeile in der Tagespresse im Juni 2018. Rund 35 Milliarden Bilder werden dort geteilt, täglich kommen 52 Millionen dazu. Instagram gehört seit 2012 zu Facebook, setzt aber stärker auf Bilder, die gepostet werden. Auch Videokanäle wie Youtube sind äußerst beliebt und Bloggerin ist ein Beruf, von dem Jugendliche durchaus träumen. Was heißt das für unseren Konsum? Social Media ist ein großer Marktplatz und ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor, der besonders Kinder und Jugendliche als Zielgruppe anspricht. Social Media verändert die Kommunikationswelt der Menschen, und gleichzeitig wird beachtet, wie Menschen digital kommunizieren. Bilder und Geschichten dominieren, besonders bei jungen Menschen, die "always On" sind und in einer amalgierten Online- und Offline Welt leben. Influencer-Werbung spricht die Nutzenden emotional peer-to-peer an. Digitaler Konsum begrenzt sich nicht nur auf Online-Shopping. Er wirft viele Fragen auf, auf die wir nur über eine kompetenzorienterte Verbraucherbildung vorbereitet werden können. Verbraucherbildung bezieht sich auf Konsumfragen aus der Sicht der konsumierenden Menschen und hat den Kompetenzaufbau für die alltägliche Lebensgestaltung und Bewältigung des alltäglichen Finanzmanagements, für die eigenverantwortliche Vorsorge und die Ausgestaltung der Verbraucherrolle im Blick. (vgl. www.evb-online.de). Die KMK (2013) nennt folgende Handlungsbereiche: Finanzen, Marktgeschehen und Verbraucherrecht, Ernährung und Gesundheit, Medien und Information und nachhaltiger Konsum und Globalisierung. Zur Verbraucherbildung gehören damit ökonomische, ökologische, technische, rechtliche, politische, kulturelle, sozial- und naturwissenschaftliche Dimensionen. Verbraucherbildung kann deshalb nicht einer bestimmten Fachwissenschaft zugeordnet werden. Damit Verbraucherbildung gelingt, werden vielfältige Kompetenzen benötigt, unter anderem für die Gestaltung des individuellen Ressourcenmanagements, für die Bewältigung der ökonomischen und sozialen Sicherung und für die Entwicklung und Umsetzung nachhaltiger Aspekte von Lebens- und Haushaltsstilen. Die Reflexion der Bedeutung von Konsum für Identität und soziale Integration ist dabei ein integraler Bestandteil. Da verantwortlicher Konsum nicht nur individuell zu verantworten ist, sondern auch von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abhängt, ist die Auseinandersetzung über Beiträge zur Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung mit dem Ziel der "active citizenship" gefordert. Damit kann Verbraucherbildung über die individuelle Lebensgestaltung hinaus Kompetenzen fördern, die den gesellschaftlichen Wandel mitgestalten können.

Verbraucherleitbild hat sich verändert

Eng mit der Entwicklung der Konsumgesellschaft seit Mitte des 20. Jahrhunderts sind auch die verbraucherpolitischen Formulierungen der Verbraucherleitbilder verknüpft. Zu Beginn stand vor allem der Schutz der Einzelnen vor gesundheitlichen Schäden, vor Täuschung und vor wirtschaftlicher Übervorteilung im Mittelpunkt; Verbraucherschutz war ursprünglich Teil des Wettbewerbsrechts. Heute leitet die Idee von eigenverantwortlichen, mündigen Verbrauchern die europäische Verbraucherpolitik. 1997 wurde im Vertrag von Amsterdam im Artikel 153 das Recht auf Verbraucherbildung auf europäischer Ebene festgeschrieben in Anlehnung an die UN Guidelines for Consumer Protection (1985, erweitert 1999) als eine von mehreren Maßnahmen des Verbraucherschutzes. Daran orientiert sich auch die Verbraucherpolitik in Baden-Württemberg. Dem heutigen Verständnis der Verbraucherbildung liegt also ein Verbraucherleitbild zugrunde, das sich am mündigen und (eigen-)verantwortlichen Verbraucher orientiert - wohlwissend, dass die Mündigkeit des Einzelnen an Grenzen stoßen muss, weil es unter anderem ein Experten-Laien-Gefälle zwi-







schen Anbietenden und Konsumierenden gibt. Hieraus ergibt sich auf politischer Ebene die Frage, wie viel Schutz Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen. Zum Beispiel wird die Frage bei Gesundheitsgefahren überwiegend über Verkaufsverbote geregelt, so sind Azofarbstoffen in Kleidung in Deutschland aufgrund ihrer karzinogenen Wirkung verboten. Schwieriger wird es bei komplexen Ursache-Wirkungszusammenhängen, wie z. B. die Diskussionen um die Einführung einer Zuckersteuer zeigt.

Das Ungleichgewicht zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern und Markt hat sich durch die Globalisierung und Digitalisierung überwiegend vergrößert. Rechtliche Lücken in der globalen Einkaufswelt des Internets werden erst nach und nach geschlossen und tradiertes Erfahrungswissen der Eltern reicht meist nicht mehr aus. Beispielsweise wissen Eltern oft nicht, was bei der Nutzung einer App mit ihren Daten geschieht, welche Geschäftsmodelle dahinterstehen oder wie Abofallen vermeidbar sind. Daher ist in der Verbraucherpolitik die Verbraucherbildung ein notwendiger, aber nicht hinlänglicher Teil des Verbraucherschutzes.

Ziel Verbraucherbildung nach KMK-Beschluss 2013

"Die Verbraucherbildung hat die Entwicklung eines verantwortungsbewussten Verhaltens als Verbraucherinnen und Verbraucher zum Ziel, indem über konsumbezogene Inhalte informiert wird und Kompetenzen im Sinne eines reflektierten und selbstbestimmten Konsumverhaltens erworben werden. Dabei geht es vor allem um den Aufbau einer Haltung, die erworbenen Kompetenzen im Zusammenhang mit Konsumentscheidungen als mündige Verbraucherinnen und Verbraucher heranzuziehen und zu nutzen."

Verbraucherbildung in der Schule

Curricular ist in Baden-Württemberg die Verbraucherbildung als Leitperspektive im Bildungsplan für alle Schüler/ innen verankert. Wenige Schüler/innen erreicht das Wahlfach Alltagskultur, Ernährung und Soziales (AES) der Sekundarstufe 1. Damit sind Limitierungen verknüpft: Die Leitperspektive trägt zwar zur mehrperspektivischen Sicht auf die von der KMK genannten Handlungsbereiche der Verbraucherbildung bei; die notwendige Zusammenführung bleibt jedoch zufällig, weil ein verpflichtendes Ankerfach fehlt. Das Wahlpflichtfach AES könnte diesen Fachauftrag erfüllen. Das Fach zielt auf die Handlungskompetenzen für die private Lebensführung und agiert somit aus der Verbraucherperspektive. Darüber hinaus stünden mit einem Ankerfach AES Fachlehrpersonen für die Verbraucherbildung als Ansprechpartner/innen für die Zusammenarbeit mit den anderen Fächern in allen Schulen zur Verfügung und könnten den hohen Fortbildungsbedarf durch den fachlichen Dialog für beide Seiten etwas kompensieren. Bleibt AES lediglich Wahlpflichtfach, wird diese Chance vertan (vgl. Stellungnahme Nr. 39/2015 der Verbraucherkommission Baden-Württemberg).

Neben dem schulischen Unterricht, der Verbraucherbildung als Teil der Allgemeinbildung sichern muss, ist Schule auch eine zentrale Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen und eine wichtige Institution der Konsumsozialisation. Die Einbeziehung von außerschulischen Lernorten und Akteuren ist eine weitere Möglichkeit, die Verbraucherbildung zu stärken. Allerdings ist hier Vorsicht geboten, weil das Neutralitätsgebot einzuhalten ist. Hilfreiche Partner finden sich in unabhängigen Verbraucherinstitutionen, z. B. Verbraucherzentrale, Online-Schlichter in Kehl oder Stiftung Warentest.

Verbraucherbildung hat viele Schnittmengen

Es gibt Schnittmengen zu den anderen Leitperspektiven, z. B. Prävention und Gesundheit, Medienbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung, wie auch zu anderen Unterrichtsfächern (z. B. Wirtschaft). Die Verbraucherbildung unterscheidet sich jedoch durch ihre haushaltsbezogene Perspektive, die eigenständige Fragen aufwirft: Welche Bedürfnisse leiten mei-



links und Mitte: Bei der Mediennutzung können Kinder nicht unbedingt auf das Erfahrungswissen der Eltern zurückgreifen.

rechtes Bild: Die kurze Nutzungszeit der Geräte ist ökologisch problematisch.

nen Konsum? Welche Folgen hat mein Konsum für mich, für andere und für die Gesellschaft? Welche Daten gebe ich wem preis, wenn ich über den Onlinehandel bestelle? Welche Rechte habe ich, wenn ich die Ware zurückgeben möchte? Warum kann der Akku meines Smartphones nur mit viel Aufwand oder gar nicht repariert werden? Die Komplexität des Alltags und die Konzepte der Lebensführung prägen die Fragen der Verbraucherbildung, die im Idealfall von den Kindern und Jugendlichen selbst gestellt werden und überwiegend differenzierte Antworten und unterschiedliche Lösungswege benötigen. Entsprechend ist ein Ziel der Verbraucherbildung, die Entscheidungskompetenzen der Heranwachsenden zu stärken und Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, um ein verantwortungsbewusstes, reflektiertes und selbstbestimmtes Konsumhandeln zu ermöglichen. Hier ist die Vernetzung mit den Fächern und ihrer Fachexpertise gefragt, die Basis-, Strukturund Orientierungswissen vermittelt. Dazu gehört beispielsweise, dass Schülerinnen und Schüler die Qualität von Produkten und Dienstleistung beurteilen können. Das können Kriterien zum Gesundheitswert oder zum sozialen, ökologischen und ökonomischen Wert im Sinne der nachhaltigen Entwicklung sein.

Fazit

Mit der Einführung der Leitperspektive Verbraucherbildung im Bildungsplan von Baden-Württemberg ist ein erster Schritt gemacht, damit alle Schülerinnen und Schüler Grundkenntnisse erlangen können. Da das eine notwendige Voraussetzung ist, um an unserer Konsumgesellschaft teilhaben zu können, sollte die Grundbildung über Ankerfächer gestärkt werden. In der Grundschule kann der Sachunterricht die Funktion erfüllen, in den Sekundarstufen I und II über das Fach "Alltagskultur, Ernährung, Soziales" (AES). Alle curricularen Änderungen sind jedoch nur so gut, wie sie umgesetzt werden. Die Professionalisierung von Lehrpersonen sollte daher durch eine entsprechende Grundbildung in den Hochschulen bzw. durch Nachqualifizierung in Fortbildungen vorangetrieben werden.

Literatur

- Bartsch, S. & Häußler, A. (2018). Verbraucherbildung ist mehr als Unterricht. In SchVw Baden-Württemberg Heft 3/2018, S. 82-85.
- Bartsch, S.; Häußler, A. & Lührmann, P. (2017). Konsum in der digitalen Welt. Folgerungen für die Ernährungs- und Verbraucherbildung. Veröffentlicht unter "Konsum in der digitalen Welt". In Haushalt in Bildung und Forschung, 2 (6) 52-65.
- **Reisch, L./Oehler, A./Raab, G. et al. (2015):** Verbraucher und die digitale Welt wo geht die Reise hin? Wirtschaftsdienst 95 (12), 807-829.
- Bartsch, S. & Methfessel, B. (2016). Ernährungskompetenz in einer globalisierten (Ess-)Welt. In Ernährung im Fokus. 16 (03-04), 68-73.
- Bauer, A. & Müller, H. (2018). Einkauf. Umsetzung der Leitperspektive in der Grundschule. Handreichung mit exemplarischen Unterrichtsbausteinen. In S. Bartsch (Hrsg.). Verbraucherbildung im Fachunterricht, 1. Karlsruhe: Pädagogische Hochschule.
- Müller, H. & Bauer, A. (2018): E-Commerce. Umsetzung der Leitperspektive in der Sekundarstufe I. Handreichung mit exemplarischen Unterrichtsbausteinen. In S. Bartsch (Hrsg.). Verbraucherbildung im Fachunterricht, 2. Karlsruhe: Pädagogische Hochschule.
- Fachgruppe REVIS (2005). Bildungsziele und Kompetenzen in der Ernährungs- und Verbraucherbildung. Abgerufen von www.evb-online. de/evb_revis_schlussbericht.php.
- KMK (2013). Verbraucherbildung an Schulen. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12.09.2013. www.kmk.org , Suchwort: Verbraucherbildung
- REVIS (Reform der Ernährungs- und Verbraucherbildung in Schulen. Projekt von 2003 2005, gefördert vom BMELV u.a. zur Entwicklung eines Referenzrahmens für die Ernährungs- und Verbraucherbildung. Ausführliche Projektinformationen unter www.evb-online.de



Dr. Silke Bartsch ist seit 2010 Professorin für Haushalts- und Ernährungswissenschaft und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule in Karlsruhe. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der Verbraucherkommission Baden-Württemberg.

VERBRAUCHERBILDUNG

Themen sind nah am (Konsum-) Alltag der Schüler/innen

Als Leitperspektive ist Verbraucherbildung in allen Schularten, Fächern und Klassenstufen verankert. Dieser Bildungsauftrag wird jedoch bisher kaum wahrgenommen. Dabei bietet Verbraucherbildung eine Menge an Themen, die Schüler/innen interessieren und anhand derer sie ihr Konsumhandeln reflektieren können. Unterstützung bieten das Verbraucherministerium und die Pädagogische Hochschule Karlsruhe.

Neben den komplexen Herausforderungen des Schulalltags müssen Lehrpersonen mit den Bildungsplänen 2016 für die allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg umfassende Änderungen bewältigen. Dazu gehört auch die Umsetzung von Leitperspektiven. Sie zielen auf Fähigkeitsbereiche, die nicht einem einzigen Fach zugeordnet, sondern fächerübergreifend entwickelt werden sollen. Als themenbezogene Leitperspektive steht Verbraucherbildung dabei neben Beruflicher Orientierung und Medienbildung. Sie ergänzen die drei allgemeinen Leitperspektiven: Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt sowie Prävention und Gesundheitsförderung.

Den Schülerinnen und Schülern soll die Leitperspektive Verbraucherbildung ermöglichen, sich alters- und entwicklungsgemäß mit individuellen und kollektiven Bedürfnissen im Sinne einer Reflexion und Entwicklung eines möglichst selbstbestimmten und verantwortungsbewussten Verbraucherhandelns auseinanderzusetzen.

Damit ist der Auftrag an alle Lehrerinnen und Lehrer verbunden, mit ihrer spezifischen Fachlichkeit zur Verbraucherbildung beizutragen. Wie kann das aussehen? Die konkretisierenden Begriffe im Bildungsplan zeigen multiperspektivische Anknüpfungspunkte aus der alltäglichen Lebensführung auf. Ab hier ist die Kreativität der Lehrerinnen und Lehrer gefragt, die vielfältigen Potenziale für ihren Fachunterricht zu entdecken und nutzbar zu machen.

Um Lehrpersonen bei der Umsetzung der Leitperspektive Verbraucherbildung in die Praxis zu unterstützen, fördert das Verbraucherministerium unter anderem das cLEVER-Projekt unter der Leitung von Prof. Silke Bartsch am Institut für Alltagskultur und Gesundheit an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe. cLEVER steht für LEitperspektive VERbraucherbildung. Im ersten Projekt (2016–2018) wurden ein Transferkonzept und erste beispielhafte Unterstützungsangebote iterativ und in Abstimmung mit Lehrpersonen sowie Vertretenden des Kultusministeriums, des Verbraucherministeriums, der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg und des Landesmedienzentrums erarbeitet. Mit dem zweiten Projekt (2018–2019) werden die Fachperspektiven untersucht und die Unterstützungsangebote weiter ausgebaut.



Beim Einkauf im Internet gibt es rechtliche Lücken



Online-Einkauf hat eine Paketflut zur Folge



Wer sich als Verbraucher auskennt, kann verantwortungsbewusst handeln

-oto: imag

Foto:imag



Abb. 1: Diese Begriffe konkretisieren die Leitperspektive Verbraucherbildung

Vom Bildungsplan in die Unterrichtspraxis

Zu Beginn des Projekts wurde mit einer kleinen Studie der Bedarf von Lehrpersonen an Unterstützungsangeboten erhoben. Die explorative Erhebung wurde auf dreifachem Weg durchgeführt (Oktober 2016 bis Februar 2017):

- 1. Experteninterviews: Fünf Personen mit Arbeitserfahrung im Schuldienst und einem inhaltlichen Schwerpunktpunkt im Bereich der Verbraucherbildung wurden mit einem nichtstandardisierten Leitfaden befragt. Kernthemen des Leitfadens waren Gelingensbedingungen curricularer Veränderungsprozesse und der Bedarf von Lehrpersonen an Unterstützungsangeboten zur fundierten Einführung und Umsetzung der Leitperspektive Verbraucherbildung.
- 2. Fokusgruppeninterviews mit Lehrpersonen: Acht Lehrpersonen diskutierten in zwei Fokusgruppeninterviews Bedarf und Wünsche an Unterstützungsangebote/n.
- 3. Materialsichtung: Exemplarisch wurden 33 zugelassene Schulbücher und Arbeitshefte für den Mathematikunterricht in den Klassen 1/2 und 5/6 mit Blick auf die Leitperspektive Verbraucherbildung untersucht.

Die Ergebnisse der Bedarfssichtung zeigen, dass die Wahrnehmung der Leitperspektive Verbraucherbildung ein Knackpunkt ist – und zwar in doppelter Weise: Zum einen wird der Bildungsauftrag der Leitperspektive Verbraucherbildung teilweise nicht zur Kenntnis genommen. In der Pilotierungsphase der Studie äußerten einige Lehrpersonen und auch Schulleitungen, dass die Zuständigkeit für die Umsetzung der Verbraucherbildung nicht in ihrer Schulform bzw. auch nicht in ihrem Fachunterricht liege, sondern die Leitperspektive Verbraucherbildung ausschließlich (fälschlicherweise) im Sachunterricht in der Grundschule oder

in der Sekundarstufe I im Wahlpflichtfach Alltagskultur, Ernährung, Soziales (AES) zu verorten sei. Das ist erklärbar, weil die Lehrpersonen durch die Einführung der Bildungspläne 2016 mit vielen Änderungen konfrontiert sind und die Leitperspektiven nur bedingt im Fokus der Lehrpersonen liegen.

Zum anderen gibt es keine detaillierten Vorgaben zur Umsetzung der Leitperspektive Verbraucherbildung im Unterricht der Fächer. Die praktische Erfüllung des Bildungsauftrags der Leitperspektive scheitert oft daran, dass nicht klar ist, was Verbraucherbildung ist und was Verbraucherbildung mit den jeweiligen Fächern zu tun hat.

Zu denken geben auch die Ergebnisse der Materialsichtung: In den 33 gesichteten aktuellen Mathematikschulbüchern und Arbeitsheften wurden insgesamt 26.793 Aufgaben gezählt und analysiert. Gemessen am Kriterium des (Alltags-)Kontextes (ein doch eher weites Verständnis von Verbraucherbildung) betreffen gerade einmal 5,15 Prozent Verbraucherbildung. Davon beziehen sich 83 Prozent der 1.432 verbraucherbildungsbezogenen Aufgaben auf lediglich drei Bereiche: Finanzen und Vorsorge, Bedürfnis und Wünsche und Alltagskonsum. Die exemplarische Materialsichtung deutet darauf hin, dass das Potenzial der Leitperspektive Verbraucherbildung als Beitrag zum Fachunterricht eher weniger verbraucheraffiner Fächer nicht angemessen erkannt bzw. ausgeschöpft wird.

Konkrete Unterstützungsangebote für Lehrpersonen und Schulen sind nach Einschätzung der befragten Expertinnen und Experten notwendig. Professionalisierungsangebote nehmen dabei einen wichtigen Stellenwert ein. Als Unterstützung für ihren Unterricht wünschen sich Lehrpersonen vor allem Unterrichtsmaterialien; einige möchten Fortbildungen besuchen. Weiter besteht großes Interesse an einer Publikationsreihe, an Verweise auf unabhängige Partner und Materialien zur Verbraucherbildung sowie an einem Online-Dienst.



Abb. 2: Mathematikaufgaben in Schulbüchern im Kontext des Verbraucheralltags, nach Anteilen der in den Leitperspektiven genannten konkretisierenden Begriffe



Fast jeder Lebensbereich und damit auch fast jedes Fach tangiert die Verbraucherbildung.



Mit der Nutzung der Apps sind die Schüler/innen meist vertraut. Was dahinter steckt, sollten sie auch erfahren.

Unterstützungsangebote für Lehrpersonen

Aus der Perspektive der alltagsbezogenen Lebensführung wurde ein Transferkonzept iterativ erarbeitet. Im Wesentlichen beruht es auf der Konzeption der Fachdidaktik der Ernährungs- und Verbraucherbildung (REVIS/ Heseker et al., 2005). Dazu gehören:

• Fort- und Ausbildung: Schulen können Fortbildungen zur Leitperspektive Verbraucherbildung kostenfrei buchen, zum Beispiel im Rahmen von Pädagogischen Tagen. Angebote für Multiplikator/innen gibt es z. B. durch Kooperationen mit Staatlichen Schulämtern und Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung.

Beispielhafte Fachbeiträge zur Verbraucherbildung

Natur- und Kulturwissenschaften

- Welche Faktoren beeinflussen meine Konsumentscheidungen?
- Wie kann das Smartphone unterwegs geladen werden?
- Woher kommt der Strom in einer öffentlichen Steckdose?
- Wie lange hält mein Akku?
- Wie kann ich meine körperliche Leistung optimieren und was sind leere Versprechungen?
- Sprach-, Gesellschafts- und Religionswissenschaften
- Wem gehören Bilder und Lieder im Internet?
- Was gebe ich über mich im Internet preis?
- Welche Konsequenzen hat mein Konsumhandeln?
- Wie gehe ich mit anderen/m um?
- Welche Handlungsalternativen habe ich?
- Was sind meine Verbraucherrechte und welche Pflichten habe ich?

• Handreichungen: Unter dem Titel "Verbraucherbildung im Fachunterricht" erscheinende Handreichungen für Lehrpersonen stehen auf der Projektwebseite kostenfrei zum Download zur Verfügung. Neben exemplarischen Unterrichtsbausteinen bieten sie Verweise auf unabhängige verbraucherbildungsbezogene Angebote.

Fachunterricht und Verbraucherbildung gewinnen gemeinsam

Die Angebote sind als Anregungen gedacht. In dem Praxisbeispiel der Handreichung 2/2018 "Vorsicht, Haken?! Dragori – das neue ultimative kostenlose Handyspiel" rechnen die Schüler/innen in Mathematik die Kosten von In-App-Käufen zusammen, die bei einem zunächst kostenlosen Smartphone-Spiel anfallen. Darunter können sie sich etwas vorstellen. Das Fachspezifische gewinnt an Lebensnähe. Das motiviert die Schüler/innen, denn das Thema betrifft sie als Verbraucher/innen: Wie kommen die Kosten zustande? (Rechnen mit Dezimalzahlen) Und die Verbraucherbildung kommt im Klassenzimmer an: Wie kann ich mich vor Kostenfallen schützen?

Entscheidend ist, die Verbraucherbildung schülerorientiert aus der jeweiligen Fachperspektive wahrzunehmen: Was kann mein Fach zur Verbraucherbildung beitragen? Jedes Fach bietet spezifische und auch exklusive Beiträge zur Verbraucherbildung. Diese sind auf den ersten Blick vielleicht nicht zu erkennen. Ein zweiter Blick lohnt sich: Verbraucherbildung kann im Fachunterricht genutzt werden, um vom Alltag der Schüler/innen ausgehend, das Fachliche relevant und begreifbar zu machen.



Heike Müller ist seit 2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Alltagskultur und Gesundheit an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe.



Automat im Foyer des Friedrich-von-Alberti-Gymnasiums.

VERBRAUCHERBILDUNG

Initiativen zulassen, Rückschläge aushalten

b&w war auf der Suche nach einer Schule, die sich für Verbraucherbildung starkmacht, die das Thema im Schulalltag verankert und Projekte in Gang setzt. Gefunden haben wir das Friedrichvon-Alberti-Gymnasium in Bad Friedrichshall. Dort wird eine Fülle von Projekten, AGs und Aktionen umgesetzt: Theater, Ausstellungen, Schülerfirmen, Medienscouts oder Fairtrade-Kampagnen. Zu viel des Guten?

Wo fängt Medienbildung an, wo hört Verbraucherbildung auf? Was am Friedrich-von-Alberti-Gymnasium läuft, lässt sich nicht so leicht zuordnen. Ende Juni erhielt die Schüler/innen-AG "Medien-Kompetenz-Training" den zweiten Platz des Verbraucherschutzpreises 2018. Den Preis lobt das Verbraucherministerium zusammen mit dem Kultusministerium seit 2011 aus. Letztes Jahr belegte die Schule mit dem Projekt "Mode – Kaufen, Kaufen, Kaufen – Konsum – ohne Kopf und Verstand" den ersten Preis.

Vier Schülerfirmen gibt es an dem Gymnasium: alberti. tv (Filmproduktionen), Jacke wie Hose (neue Produkte aus alten herstellen), Health in Glas (gesunde Gerichte im Glas), und #changemaker (nachhaltige T-Shirts). Mit Changemaker machen die Schüler/innen auf Missstände in der globalen Textilindustrie aufmerksam. Dafür gab es Anfang Juli die nächste Auszeichnung: "Spitze Nadel

2018 – Aktionspreis gegen die dunkle Seite der Modeindustrie". Vor einem Jahr war Taslima Akhter zu Gast im Bad Friedrichshaller Gymnasium. Sie ist Fotografin und Aktivistin der "Bangladesh Garment Workers Solidarity". 2013 wählte das Time Magazine ihr Foto zu den "Top 10 photos of the year". Das Foto zeigt ein Paar, das 2013 beim Zusammenbruch von fünf Nähfabriken im Rana Plaza-Gebäude umgekommen ist. Akhter hielt Vorträge und gestaltete mit den Schüler/innen eine Fotoausstellung, die auch anderen Schulen angeboten wurde. Das Unglück von Rana Plaza und hemmungsloser, billiger Konsum ist auch Thema des Theaterstücks "Fashion Pressure", das an der Schule mit externer Unterstützung entstanden ist. Dieses Stück kann ebenfalls von anderen Schulen gebucht werden. Bei all diesen (und anderen nicht beschriebenen Projekten) steckt der Ethik-, Geografie- und Sportlehrer Axel Schütz dahinter. Die Fülle der Projekte, Aktionen und Preise machen misstrauisch. Wie kann das sein? Wie geht das? Im Gespräch mit Axel Schütz, der Lehrerin Katy Stephan und dem Schulleiter Oliver Klis fallen immer wieder die Wörter: "zulassen" und "aushalten". Gelingen könne die Arbeit nur, wenn Schulleiter und Kollegium zuließen, dass Klassenarbeiten verschoben werden, Schüler/ innen im Unterricht fehlen oder Noten nicht immer den ersten Stellenwert haben. Ausgehalten werden müsse, wenn Schüler/ innen trotzdem billige T-Shirts kaufen, ihr Handy nicht wie vereinbart ausschalten, Projekte auch mal schlechter laufen, Ideen versanden, Schüler/innen die Lust verlieren, Kolleg/innen nicht einverstanden sind, der Gesprächsbedarf groß ist und Konflikte auf Lösungen warten.

"Wir wollen nicht in der Schule sitzen bleiben, wir wollen raus gehen, Schülerinnen und Schüler was erleben lassen.



Außerhalb von Schule können sie Spirit aufnehmen", erläutert Schütz. Die Bundesjugendkonferenzen Medien in Rostock waren beispielsweise für die AG "Medien-Kompetenz-Training" so ein Impulsgeber und Energieschub. Zwei Schüler/innen aus der 11. Klasse, die schon drei Mal an der Konferenz teilgenommen haben, berichten von einer Rechtsanwältin, die über Cybermobbing aufklärt, von Uli Sailer, der als Berater für digitalen Verbraucherschutz unterwegs ist, und wie sie sich beim Landesmedienzentrum (LMZ) zu Medienscouts ausbilden ließen. Lisa Scherer und Hope Adamek sind seit der 7. Klasse, seit Gründung der AG, dabei. "Unser Wissen ist goldwert", sagen sie und ihre Erkenntnisse geben sie engagiert und leidenschaftlich weiter. Die AG wird gerufen, wenn in der Schule Probleme mit Medien auftauchen, und sie gehen zweimal jährlich in die 5. Klassen.

Ganze Schulgemeinde ist sensibilisiert

Die Deutsch- und Geografielehrerin Katy Stephan betreut zusammen mit weiteren Kolleginnen die AG und freut sich, wenn die Schüler/innen zu dem Schluss kommen, dass sie ihr Leitbild vorerst unter sich reflektieren wollen. Die Lehrerin sieht sich hauptsächlich als Moderatorin. Sie spricht immer wieder Schüler/innen an, ob sie bei der AG nicht mitmachen wollen. "Wir suchen Schüler/innen, die reflektieren oder welche, die schlechte Erfahrungen mit Medien gemacht haben", berichtet sie. Inzwischen sei die ganze Schulgemeinde sensibilisiert und alle Kolleg/innen gingen in die Verantwortung, wenn Probleme mit Mediennutzung auftauchten.

Zur Preisübergabe reisten 10 Schüler/innen der AG von Bad Friedrichshall nach Stuttgart. Das dauerte einen ganzen Vor-



Die AG "Medien-Kompetenz-Training" bei der Preisverleihung Ende Juni mit Verbraucherminister Peter Hauk (rechts) und Kultusministerin Susanne Eisenmann (links) und Professorin Silke Bartsch (2. von rechts).

mittag. Einige Schüler/innen hätten eine Arbeit schreiben müssen, erzählt Katy Stephan, die die Schüler/innen nach Stuttgart begleitete. Sie war erleichtert, dass ihre Kolleg/innen das Fehlen einiger Schüler/innen akzeptierten. Im anderen Fall wären die Schüler/innen da geblieben. "Es ist mir nicht egal, wenn Schüler/innen im Unterricht von Kolleg/innen fehlen. Nur weil mir was wichtig ist, muss es den anderen nicht auch wichtig sein", erklärt sie.

Auch der Schulleiter Oliver Klis zeigt sich tolerant. Die vielfältigen Aktionen an seiner Schule schätzt er sehr. 70 Lehrkräfte unterrichten im Friedrich-von-Alberti-Gymnasium. Da bleiben unterschiedliche Wertvorstellungen nicht aus. "Neben all den Projekten ist guter Unterricht unsere Kernarbeit", betont er. Er findet es in Ordnung, wenn Lehrkräfte ihren Beruf ganz unterschiedlich füllen und Grenzen ziehen. "Wenn wir nach einem Projekt fix und fertig sind, reden wir auch darüber, ob wir uns vor uns selbst schützen müssen", bekennt Stephan. Sie räumt ein, dass der Spagat zwischen Selbstausbeutung und Aufgehen im Engagement eine ständige Herausforderung bleibt. "Wir sind selbst erwachsen und wollen auch selbst entscheiden, wie viel wir uns zumuten können", schiebt sie nach. Arbeitszufriedenheit und eine lebendige Schulgemeinschaft seien der Lohn.

Rausgehen und Arbeit sichtbar machen

"Ich kenne keine Schule, die nur vor sich hindümpelt. Überall gibt es zuhauf Aktivitäten", glaubt Klis. Wichtig sei, die Arbeit nach außen und innen sichtbar zu machen. Und: Rausgehen, mehr Verbindungen nach außen suchen. "Wenn man anfängt, Kontakte zu knüpfen, entsteht auch vieles von selbst", weiß er aus Erfahrung. Wobei er sich nicht als guten Netzwerker sieht.

Diese Rolle liegt Axel Schütz, der wiederum sagt: "Lehrkräfte müssen nicht alles selbst machen. Jeder hat andere Talente und Stärken, die man zusammenführen kann." "Ich kann nicht Klavier spielen", kokettiert er, als seine gut gestalteten Broschüren und Fotos gelobt werden. Angefangen hat alles 2008. Damals diskutierte die Schule über ihr Leitbild. Entstanden sind zunächst das Sozial- und das Musikprofil. Immer mehr Projekte kamen im Laufe der Zeit dazu. Vielfalt und Pluralität sind dem Schulleiter wichtig. Niemals dürften die Themen von oben verordnet werden, sondern man müsse Initiativen von Lehrer- und Schülerseite aufgreifen, fördern, vernetzen und weitertragen. "Wir freuen uns, dass unsere Arbeit allmählich gesehen wird", sagt Schütz. Als Beispiel nennt er ein Schreiben von Nikhil Seth, Exekutivdirektor Ausbildungs- und Forschungsinstitution der Vereinten Nationen. Der Architekt der 17 Nachhal-

tigkeitsziele würdigte darin die Events und Aktivitäten der Schule, die im Einklang mit den United Nations Sustainable Development Goals (SDGs – globale Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen) stehen.

Unterstützung erfährt die Schule mittlerweile von vielen Seiten. "Wir haben einen tollen Schulträger, mit dem wir wirklich gut zusammenarbeiten", lobt Klis. Eineinhalb Stellen für Schulsozialarbeit investiert die Stadt, was die Schulgemeinde sehr zu schätzen weiß. Auch die Eltern sind eingebunden und motivieren die Lehrkräfte, wenn sie ihnen rückmelden, wie gut sich ihre Kinder entwickeln würden. So kommen Initiativen auch ohne Zuarbeit der Lehrkräfte zustande. Der Elternbeirat hat beispielsweise gemeinsam mit den Schulsozialarbeiterinnen eine vegane Woche durchgeführt. Sieht nicht so aus, als ob es den Beteiligten zu viel würde.



Internetseiten der Schule www.fvag.net changemaker.fvag.net saz-fvag.eu



Maria Jeggle b&w-Redakteurin

LANDESRECHUNGSHOF

Gutachten ohne pädagogischen Sachverstand

Es ist ein sehr ungewöhnlicher Vorgang: Die Landesregierung beauftragte den Landesrechnungshof mit einer "gutachtlichen Äußerung" zur Ressourcensteuerung im Geschäftsbereichs des Kultusministeriums und zu Einsparmöglichkeiten im Lehrkräftebereich. Seit 30 Jahren ist das der erste Auftrag einer Landesregierung an den Rechnungshof. Qualitätsansprüche und Arbeitsbedingungen kommen dabei unter die Räder.

Beim Gutachten des Rechnungshofs waren die beruflichen Schulen, die Struktur und Organisation der Schulverwaltung, die Lehrereinstellung und die Lehreraus- und Lehrerfortbildung ausgenommen.

Der Rechnungshof kritisiert in seinem Gutachten fehlende Transparenz und Fehler in der Ressourcendarstellung des Kultusministeriums mehrfach. Neben der Analyse spricht der Rechnungshof zahlreiche Empfehlungen aus, mit denen sich das Kultusministerium jetzt auseinandersetzen wird.

Die "Sonderverwendungen" von Lehrerstellen sollen reduziert werden. Für den Rechnungshof sind Lehrkräfte aus allen Schularten einschließlich der beruflichen Schulen im Umfang von landesweit 10.000 Stellen nicht im Unterricht eingesetzt. Dazu gehören unter anderem das allgemeine Entlastungskontingent, Altersermäßigungen, Freistellungen für Personalratsarbeit, Schwerbehindertenvertretung und Beauftragte für Chancengleichheit, die Ermäßigungen für die Schwerbehinderten selbst, die Stunden für Fachberater/innen und Beratungslehrkräfte, Stunden für die Betreuung von Unterrichtscomputern und die Kooperation Grundschule/Kindergarten, die Abordnungen in die Schulverwaltung, an das Landesinstitut für Schulentwicklung und an die Seminare für Lehrerausbildung. Allein die Anrechnungen für Schulleitungen machen ein Drittel der 10.000 Stellen aus.

Empfehlungen des Gutachtens

1. Der Rechnungshof moniert, dass viele nichtunterrichtliche Tätigkeiten von Lehrkräften während der Unterrichtszeit stattfinden und dass deshalb Unterricht ausfällt. Diese Tätigkeiten sollen in die unterrichtsfreie Zeit der Lehrkräfte einschließlich der Ferien verlagert werden.

2. Mit Verweis auf seine Denkschrift im Jahr 2002 zur Erfüllung der Deputatsstunden durch Lehrkräfte an Gymnasien empfiehlt der Rechnungshof, die Lehrerarbeitszeit nicht mehr nach Wochendeputaten, sondern über ein schuljahrübergreifendes Jahresdeputat zu berechnen. Dies ermögliche, "dass zunächst ausgefallener Unterricht innerhalb des Schuljahres nachgeholt werden kann".

3. In Bezug auf den Organisationserlass spricht der Rechnungshof zwei Empfehlungen aus. Das alternative Zuweisungsmodell auf der Basis eines Schülerkoeffizienten im Schulamtsbezirk Tübingen (normalerweise wird der Bedarf einer Schule nach der Anzahl der Klassen berechnet) soll modifiziert fortgeführt werden. Modifiziert, weil sonst das neue Modell laut Rechnungshof bei einer landesweiten Umsetzung zu einem Mehrbedarf von mindestens 900 Stellen führen würde. Für die Ausstattung kleinerer Standorte reicht die Zuweisung nach

Koeffizient nämlich nicht aus. Grundsätzlich soll sich die Zuweisung von Lehrkräften am möglichst sparsamen Umgang mit Lehrkräfteressourcen orientieren. Die Zuweisung von Lehrkräften zur Abdeckung des Pflichtbereichs hält der Rechnungshof für sachgerecht.

4. Auffällig waren für den Rechnungshof die erheblichen Unterschiede der regionalen und schulartspezifischen Verteilung der Lehrkräfteressourcen. In allen Regierungspräsidien ist der Versorgungsgrad der Grund-, Haupt- und Werkrealschulen sowie der Realschulen deutlich schlechter als an den Gymnasien. Außerdem liegt an diesen Schularten in den Regierungspräsidien Stuttgart und Freiburg die Direktzuweisung unter 100 Prozent und es ist dort kein Ergänzungsbereich mehr vorhanden. Bei der Betrachtung der regionalen Verteilung der Ressourcen sind die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren und die Beruflichen Schulen nicht einbezogen.

5. Der Rechnungshof stellt fest, dass seine Untersuchungen keinen Zusammenhang zwischen Versorgungsgrad und Bildungserfolg erkennen lassen. Bei den Grundschulen stellt der Rechnungshof allerdings eine statistische Relevanz zwischen dem Versorgungsgrad der Schulen und dem Bildungserfolg der Schüler/innen fest. Er fordert die Einführung eines aussagekräftigen Bildungscontrollings.

Qualitätskriterien für eine gute Schule spielen im Gutachten des Rechnungshof eine untergeordnete Rolle.

6. Stellen, die über einen längeren Zeitraum für einen bestimmten Zweck in Geld umgewandelt ("monetarisiert") wurden, sollen gestrichen werden. Bisher bleiben diese Stellen erhalten. Das würde eindeutig eine Reduzierung von Lehrerstellen bedeuten.
7. Der Rechnungshof kritisiert, dass

die regionale Schulentwicklung von der Verwaltung nicht zur aktiven Steuerung genutzt wird. Gleichzeitig soll die Erhöhung von Mindestschülerzahlen unter dem Aspekt eines effektiven und effizienten Ressourceneinsatzes geprüft werden. In dem Zusammengang werden die hohen Kosten kleiner Grundschulen, aber auch kleiner Gymnasien thematisiert. Im Gutachten des Rechnungshofs wird detailliert dargelegt, wie viele Lehrerstellen durch die Schließung kleiner Grundschulen und Gymnasien eingespart werden könnten. Schulschließungen nur aus Einspargründen lehnt die GEW ab. Die pädagogische Qualität und bei Grundschulen die Wohnortnähe müssen Vorrang haben.

8. Schließlich stellte der Rechnungshof fest, dass die Kosten je Schüler/in zur Erlangung der Hochschulreife über das allgemeinbildende Gymnasium teurer seien als über die Realschule und das berufliche Gymnasium. Ursache sind die niedrigeren Kosten an der Realschule je Schüler/in bis Klasse 10.

9. Der Rechnungshof hat sich auch die Schulversuche angesehen. Nur rund 25 der 140 Schulversuche betreffen die allgemeinbildenden Schulen. Den größten Ressourcenanteil hatten dabei die Ganztagsschulen, die alle bis 2015 als Schulversuche liefen sowie die 44 G9-Gymnasien. 10. Im Landeshaushalt sollen zwei eigenständige Kapitel für die Grundschule sowie Hauptschule und Werkrealschule geschaffen werden. Das soll sicherstellen, dass diese Schularten eigenständig mit ihrer Ausstattung erfasst werden.

Pädagogische Angebote infrage gestellt Die Zusammenstellung der Empfehlungen macht deutlich, wo nach Meinung



Foto: imago

des Rechnungshofs die Axt anzulegen ist: an den Arbeitsbedingungen und an den Unterstützungs- und Beratungsangeboten für die Schulen! Er stellt fast ausnahmslos Stunden infrage, die pädagogisch und für das Funktionieren von Schule notwendig sind. Aber für die GEW müssen diese Stunden erhöht und nicht gekürzt werden! Wohin kurzsichtige Streichungen führen, erleben wir in diesen Monaten. Es ist naiv und nur eine Umverteilung des Mangels, wenn im Auftrag der Grünen und der CDU Abordnungen von Lehrkräften beendet werden, um den hausgemachten Lehrermangel an den Schulen zu beheben. Lehrkräfte sind nicht aus Luxus abgeordnet. Sie übernehmen außerhalb des Unterrichts notwendige Aufgaben. Diese Aufgaben müssen auch künftig pädagogische Profis übernehmen.

Das Gutachten des Rechnungshofs ist realitätsfern. Die Umsetzung der Empfehlungen würde die Qualität des Unterrichts beeinträchtigen und die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte weiter verschärfen. Über die Schwerpunktsetzung des Gutachtens kann man sich nur wundern. Warum äußert sich der Rechnungshof beispielsweise nicht zum Einsatz von Schulverwaltungsassistent/innen zur Entlastung der Schulleitungen? Auch eine bessere Förderung von Schüler/innen und in der Folge weniger Sitzenbleiber wäre ein Beitrag zu zielgerichtetem Ressourceneinsatz.

Die GEW ist irritiert, dass und wie die Landesregierung das Gutachten beauftragt hat. Der Rechnungshof kommt nur zu quantitativen Ergebnissen, die Qualitätskriterien bleiben außen vor. Eine sinnvolle Ressourcensteuerung muss die Qualitätssicherung und die Senkung der Arbeitsbelastung zum Ziel haben – auch damit der Lehrerberuf attraktiv bleibt. Die Vorschläge des Rechnungshofs sind kein Beitrag zur Qualitätsentwicklung von Schule und Unterricht. Sie lenken von der fehlenden Unterstützung für die vielfältigen Herausforderungen und dem Lehrkräftemangel in vielen Schularten ab. Es ist abenteuerlich, dass sich der Rechnungshof erlaubt, den Einfluss des Versorgungsgrads mit Lehrkräften auf den Bildungserfolg zu verneinen.

Falsche Annahmen

Die Betrachtung der Unterrichtsversorgung geht von falschen Annahmen aus. Bei der Darstellung der Pflichtstundenzuweisung wird nicht erwähnt, dass an den weiterführenden Schulen Poolstunden zu den Pflichtstunden gehören und damit die gesicherte Grundausstattung erhöhen. An den Grundschulen ist das nicht so. Es ist ein großer Unterschied, ob Grundschulen oder weiterführende Schulen keinen zusätzlichen Ergänzungsbereich haben. Die Benachteiligung der Grundschulen wird so verschleiert.

Kultusministerin Dr. Eisenmann wartete ungeduldig auf die Empfehlungen des Rechnungshofs. Es bleibt zu hoffen, dass nicht sinnloses Einsparen von Ressourcen, sondern Unterstützung der pädagogischen Arbeit und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für sie und die Landesregierung handlungsleitend werden. Diese Wende in der Bildungspolitik brauchen wir!

Doro Moritz

GEW Landesvorsitzende

BETRIEBSRATSSCHULUNG

Mit einem guten Betriebsrat sind die Beschäftigten zufriedener

Überall wurden im Frühjahr neue Betriebsräte gewählt. So auch in privaten Bildungseinrichtungen. Die GEW informierte und vernetzte Anfang Juli neu gewählte und altgediente Betriebsräte bei der dreitägigen Schulung in Hohenwart. b&w sprach mit zwei Teilnehmenden und mit Alfred Uhing, der seit vielen Jahren Betriebsräte schult, warum gute Betriebsratsarbeit wichtig ist.

Die Erzieherin Gudrun Wendler ist eine neu gewählte Betriebsrätin. Sie arbeitet in einer privaten Stuttgarter Kita mit rund 40 Beschäftigten. Stefan Zimmermann ist ein erfahrener Betriebsrat beim Internationalen Bund, einem Betrieb mit rund 1.300 Beschäftigten in Württemberg Süd und rund 12.000 Mitarbeiter/innen in ganz Deutschland.

Warum habt ihr euch in den Betriebsrat wählen lassen?

Stefan Zimmermann: Ich mach die Arbeit jetzt seit 12 Jahren und finde es immer noch sehr herausfordernd und abwechslungsreich. In der letzten Periode war ich auch in einem Ausschuss des Gesamtbetriebsrats, kam viel rum, lernte bundesweit viele Einrichtungen kennen und kann somit über den Tellerrand hinausgucken. Davon profitiere ich für meine Betriebsratsarbeit für die Kolleg/innen in unserem Betrieb.

Gudrun Wendler: Mein Anreiz waren große Probleme in unserer Kita. Unser Betriebsklima ist schlecht und unsere Einrichtung ist finanziell fast an die Wand gefahren. Ich bin schon über 30 Jahre in dem Betrieb und es ist mein Wunsch, dass die Einrichtung bestehen bleibt. Im Betriebsrat möchte ich meinen Teil dazu beitragen, dass es besser wird.

Wie könnt ihr als Betriebsräte den Beschäftigten helfen?

Stefan: Hauptsächlich mit Beratung. Was Beschäftigte bei Belastungen oder Personalmangel machen können oder was bei Gefährdungen zu beachten ist oder wie es trotz einer Ablehnungen eines Antrags von Beschäftigten und anderen Hindernissen weitergehen kann.



Von links: Stefan Zimmermann, Martin Schommer, Gudrun Wendler und Alfred Uhing

Gudrun: Ich muss mich erst mal einfinden und schauen, wie wir mit Betriebsvereinbarungen eine andere Atmosphäre schaffen können. Ich nehme Beschwerden der Kolleg/innen ernst und will mitwirken, dass wir in einem kommunikativen, guten Ton zu guten Ergebnissen kommen.

Stefan, welche positiven Erfahrungen hast du in deiner langen Zeit als Betriebsrat gemacht, so dass du sagen kannst, dafür hat es ich gelohnt, Betriebsrat zu sein?

Stefan: Eine Kollegin hatte mal sehr viele Überstunden nachdem eine Einrichtung geschlossen werden sollte. Mit dem Bereichsleiter haben wir einen Abbauplan erreichen können, so dass die Kollegin über 8 Wochen ihre Überstunden abbauen konnte und dadurch eine län-

gere Freistellungsphase hatte. Das war eine gute Sache.

Erinnerst du dich an eine Sache, für die ihr euch vergeblich eingesetzt habt?

Stefan: In einer Außenstelle in einem Arbeitsmarktdienstleistungs-Bereich, einer Maßnahme der Berufsvorbereitung, wurden zwei Kolleg/innen überraschend gekündigt. Das war sehr schockierend, wie das vor sich gegangen ist. Bis wir dort waren und prüfen konnten, was da los war, waren sie bereits freigestellt. Die Kündigungsgründe waren aus unserer Sicht sehr fadenscheinig. Natürlich gab es auch Fälle, in denen unser Widerspruchsrecht Kündigungen von Kolleg/innen verhindert hat.

Welche Erwartungen hast du an deine Tätigkeit im Betriebsrat? Was willst du erreichen? Gudrun: Wir haben angefangen eine Gefährdungsanalyse zu machen, um im gesundheitlichen Bereich für unsere Kolleginnen Verbesserungen zu schaffen. Dazu haben wir das Projekt "Olympia ruft" ins Haus geholt, das dazu anregt, für sich und seine eigene Gesundheit zu sorgen. Das hilft nicht nur uns, sondern auch den Kindern.

Wir haben auch eine Vereinbarung über ein Betriebseingliederungsmanagement in die Wege geleitet. Das ist für Beschäftigte, die länger als 6 Wochen im Jahr erkrankt sind. Die Vereinbarung muss im nächsten Monatsgespräch nochmals durchgeschaut werden und ist dann unterschriftsreif. Das ist die erste Vereinbarung, die wir geschafft haben. Sonst bin ich neugierig, was auf mich zukommt.

Alfred, du unterstützt seit über 35 Jahren Betriebsräte bei der GEW. Was ist für dich die wichtigste Funktion eines Betriebsrats?

Alfred Uhing: Zwei Dinge sind wichtig: Erstens die Überwachungsaufgabe. Der Betriebsrat muss darauf achten, dass die zum Schutz der Beschäftigten geltenden Regelungen eingehalten werden. Und zweitens die Gestaltungsaufgabe. Er muss Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber treffen, damit beispielsweise Arbeitsbedingungen so geregelt werden, dass die Kolleginnen und Kolleginnen damit gut umgehen können.

Wie unterstützt die GEW die Arbeit der Betriebsräte?

Alfred: Betriebsräte haben eine sehr komplexe Aufgabe. Wenn sie beispielsweise Betriebsvereinbarungen verhandeln, müssen sie Gesetze kennen und wissen, worauf sie achten müssen. Betriebsräte bei der GEW sind in der Regel Erzieherinnen, Lehrkräfte oder Verwaltungsangestellte, die vor ihrer Betriebsratstätigkeit mit arbeitsrechtlichen Regelungen nicht viel zu tun hatten. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es, den Betriebsräten eine Richtung durch den Regelungsdschungel aufzuzeigen. Von uns erhalten sie eine erste Information, eine erste Anleitung und Beurteilung, wie man am



"Betriebsräte haben das Ohr an der Belegschaft und verstehen Probleme der Belegschaft besser als Arbeitgeber."

Alfred Uhing

besten vorgeht. Wir sind keine Juristen, die für Betriebsräte alle juristischen Probleme lösen, aber wir haben eine wichtige Unterstützungsfunktion. Sonst sind unter Umständen Arbeitnehmervertreter/innen als Nichtfachleute den Arbeitgebern und ihren Anwälten schutzlos ausgeliefert.

Fühlt ihr euch gut aufgehoben bei der GEW?

Stefan: Ja! Ich bin seit 1994 GEW-Mitglied und die GEW hat uns sehr viel angeboten.

Grudrun: Ich kann mich auch nur positiv äußern. Von der GEW habe ich jetzt schon sehr gute Informationen erhalten und zwar sehr schnell. Die Schulungstage hier in Hohenwart finde ich auch sehr lehr- und aufschlussreich.

Zu dieser Schulung kommen Betriebsräte aus vielen Bildungsbereichen. Wie wichtig ist euch dieser Austausch?

Gudrun: Wenn man ganz neu dabei ist, hat man auch Bedenken, ob man den richtigen Weg geht und alles richtig macht. Jetzt habe ich gemerkt, dass es nicht nur mir so geht. Der Austausch und die Anregungen, die wir mitnehmen, tun gut.

Alfred: Hier treffen Kolleg/innen aus Privatschulen andere Privatschulbeschäftigte, Kolleg/innen aus Jugendhilfeeinrichtungen andere Beschäftigte in der Jugendhilfe und bei Forschungsinstituten ist es idealerweise auch so. Unser Anspruch ist, dass wir Kolleg/innen aus vergleichbaren Betrieben zusammenbringen, damit sie sich vernetzen können. Es geht also nicht nur um Inhalte und Strategien, sondern auch um den Austausch zwischen den Betriebsräten und die Stärkung der Solidarität der Betriebsräte untereinander. Das ist das Besondere unserer Schulungen.

Was hat ein Betrieb davon, wenn er gut mit dem Betriebsrat zusammenarbeitet? Alfred: In einem Betrieb gibt es unterschiedliche Interessenlagen zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten. Wenn es einen Betriebsrat gibt und der Arbeitgeber gut mit ihm zusammenarbeitet, findet man eher Lösungen, die beide Seiten zufriedenstellen. Betriebsräte haben das Ohr an der Belegschaft und verstehen Probleme der Belegschaft besser als Arbeitgeber.

Eine gute Zusammenarbeit führt auch dazu, dass die Beschäftigten zufriedener, gesünder und produktiver sind. Das Betriebsklima ist insgesamt besser. Ein Arbeitgeber, der meint, er müsse den Betriebsrat bekämpfen, erreicht genau das Gegenteil.

Was antwortest du, wenn jemand sagt, Betriebsräte haben es leicht, die brauchen nur Forderungen zu stellen, müssen dafür aber keine Verantwortung übernehmen?

Alfred: Das stimmt einfach nicht. Betriebsräte fordern nicht nur, sondern erstellen Konzepte, die sie mit dem Arbeitgeber verhandeln. Sie werden von den Arbeitgebern und den Beschäftigten in die Verantwortung genommen. Wenn Betriebsräte keine lösungsorientierte Arbeit machen, erhalten sie entsprechende Rückmeldungen aus der Belegschaft. Ihre Forderungen müssen fundiert und durchführbar sein und sie müssen von der Belegschaft akzeptiert werden.

Das Interview führten Martin Schommer und Maria Jeggle

HERKUNFTSSPRACHLICHER UNTERRICHT

In staatliche Verantwortung nehmen

SPD-Landtagsfraktion, GEW und das Heidelberger Zentrum für Migrationsforschung und Transkulturelle Pädagogik der PH Heidelberg haben Mitte Juli ein gemeinsames Konzept zur Einführung von herkunftssprachlichem Unterricht als Regelangebot an baden-württembergischen Schulen vorgestellt. Ziel ist es, den bestehenden Konsulatsunterricht abzulösen.



Herkunftsprachlicher Unterricht soll als freiwilliges Wahlfach zunächst als Schulversuch angeboten werden.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Andreas Stoch begründet den Vorstoß mit dem staatlichen Bildungsauftrag: "Wir können diesen wichtigen Teil der Bildung für unsere Kinder mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg nicht länger ausländischen Konsulaten überlassen, nur weil dies für unsere Landeskasse günstiger ist." Schlechte Ergebnisse in Schulvergleichsstudien hätten gezeigt, dass vor allem die Schülerinnen und Schüler Unterstützung brauchen, die zuhause kein Deutsch sprechen. "Sprachförderung muss zur Kernkompetenz unseres Bildungssystems werden", verlangt Stoch, gerade auch weil Baden-Württemberg das Flächenland mit dem bundesweit höchsten Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund ist und seit 2015 eine verstärkte Zuwanderung erfahren hat.

"Das Potential des herkunftssprachlichen Unterrichts wird bisher gar nicht genutzt, kann aber ein wichtiger Baustein im Gesamtkonzept für erfolgreiche Integration sein. Eine Landesregierung, die ihre integrationspolitische Aufgabe ernst nimmt, muss der Förderung des Spracherwerbs höhere Priorität einräumen", sagte die GEW-Landesvorsitzende Doro Moritz. Wie eng die Förderung der Herkunftssprache und die Verbesserung der Sprachkompetenzen in Deutsch zusammenhängen, erklärt Professorin Havva Engin von der PH Heidelberg: "Wenn Kinder ihre Herkunftssprache richtig beherrschen, fällt ihnen auch das Deutschlernen viel leichter. Wir brauchen daher feste Strukturen, die auf eine koordinierte Zweisprachigkeit der Kinder setzen, statt eine doppelte Sprachlosigkeit zu provozieren."

Deshalb soll aus Sicht von SPD-Landtagsfraktion, GEW und PH Heidelberg

herkunftssprachlicher Unterricht in Baden-Württemberg zukünftig als freiwilliges Wahlfach angeboten werden, erst in Form eines fünfjährigen Schulversuches an 90 Schulen und dann überall dort, wo Bedarf besteht. Aktuell besuchen 38.500 Kinder den Konsulatsunterricht. Der Unterricht wird von ausländischen Lehrkräften gehalten, die im Herkunftsland ausgebildet und oft nur zu diesem Zweck nach Deutschland abgeordnet wurden. Die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts orientiert sich an den Bildungsplänen des jeweiligen Herkunftslandes und entbehrt der Kontrolle des Landes Baden-Württem-

In Rheinland-Pfalz gibt es herkunftssprachlichen Unterricht als ein schulisches Wahlfach in 15 Sprachen für 14.200 Schülerinnen und Schüler, der das Land knapp fünf Millionen Euro im Jahr kostet. "Mit dem nötigen politischen Willen lassen sich also durchaus finanzierbare und gleichzeitig qualitätsvolle Lösungen finden", sagt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Stefan Fulst-Blei und beziffert die Kosten für den vorgeschlagenen Schulversuch auf rund zwei Millionen Euro.

b&w



Positionspapier, wie herkunftssprachlicher Unterricht an Schulen eingeführt werden kann: www.gew-bw.de/herkunftssprachlicher Unterricht

ANTIDISKRIMINIERUNGSBERATUNG IN BADEN- WÜRTTEMBERG

Neue Online-Beratung hilft landesweit

Um eine Beratung gegen Antidiskriminierung flächendeckend anbieten zu können, hat die Beratungsstelle "adis e.V." aus Tübingen/Reutlingen eine Online-Beratung gestartet. In einer Veranstaltung in der Universität Tübingen wurde Mitte Juni das Beratungsportal aus der Taufe gehoben. Diskriminierungsschutz im Bildungsbereich fehlt immer noch.



Sozialminister Manfred Lucha sprach auf der Auftaktveranstaltung in Tübingen. Er wurde simultan in Gebärdensprache übersetzt.

Die Online-Beratung soll Menschen, die direkt oder indirekt von Diskriminierung betroffen sind, Unterstützung bieten. Sie richtet sich an Ratsuchende, die nicht in der Nähe einer bestehenden Beratungsstelle wohnen, oder die aufgrund ihrer persönlichen Situation die Beratungsstelle vor Ort nicht aufsuchen können. Die Beratung ist kostenfrei, kann anonym erfolgen und eröffnet Handlungsoptionen für die Betroffenen. Beraten werden kann per E-Mail, Chat oder Video.

Im Juli 2013 ist Baden-Württemberg als achtes Bundesland der "Koalition gegen Diskriminierung" beigetreten. Ziel ist, dafür Sorge zu tragen, dass der Schutz vor Diskriminierung in allen Bereichen im Land politisch verankert wird. Seither sind in Baden-Württemberg an sieben Orten Diskriminierungsberatungsstellen entstanden (Esslingen, Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe, Reutlingen/Tübingen und Stuttgart), an zwei weiteren Orten sind Beratungsstellen im Aufbau (Friedrichshafen und Rems- Murr-Kreis). Alle Stellen beraten als Kernaufgabe unmittelbar von Diskriminierung Betroffene, aber auch Organisationen können sich an die Beratungsstellen wenden. Alle Berater/innen qualifiziert, orientieren sich an den Standards des Antidiskriminierungsverbandes Deutschland (advd). Die Qualität der Beratung wird durch Supervision Intervision gesichert. Alle im Allgemeinen Gleichbehandlungs-

gesetz (AGG) genannten Diskriminierungsgründe sind gleichermaßen schutzwürdig.

Hoher Bedarf für Antidiskriminierungsberatung

Dass ein großer Bedarf besteht, zeigt eine Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Von 2.000 Menschen, die angeben, Diskriminierung zu erleben, sucht nur einer (!) tatsächlich professionelle Hilfe bei einer Antidiskriminierungsberatungsstelle. Oft kommen Menschen erst, wenn sie sich bereits in einer ausweglosen Lage sehen. Sie erleben dann das Beratungsgespräch als große Beruhigung und Erleichterung, weil ihr Anliegen ernst genommen wird und ihnen im Verlauf der weiteren Beratung Raum gegeben wird, ihr Selbstbewusstsein zu stärken und eigenverantwortlich ein Leben in Würde und Teilhabe einzufordern.

AGG in Schulen endlich umsetzen

Diskriminierungen finden auch in Schulen statt. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes nennt Beispiele:

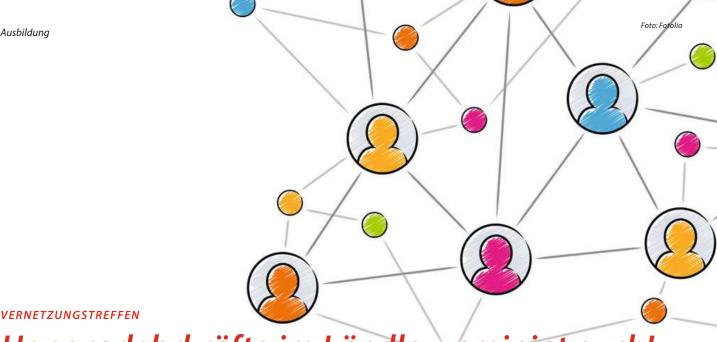
- Ein Schüler darf nicht mit zum Schulausflug, weil der Busfahrer ihn aus Sicherheitsgründen nicht mitnehmen will, obwohl es im Bus ausgewiesene Rollstuhlstellplätze gibt.
- Ein Lehrer wertet die Kenntnisse und Fähigkeiten von Mädchen mit dem Satz ab: "In Physik seid ihr nur Deko!".
- Ein Schüler verhält sich gegenüber weiblichen Lehrkräften abwertend und respektlos: "Von Frauen lass ich mir gar nichts sagen".
- Ein Schüler, dessen Eltern homosexuell sind, wird vom Klassenlehrer aufgefordert, zu erzählen, wie sich seine Familie von "normalen" Familien unterscheidet.

Die GEW hat beim Gewerkschaftstag 2017 auf Antrag des BAMA (Bundesausschuss Migration, Diversity, Antidiskriminierung) einen umfassenden Beschluss zum Diskriminierungsschutz im Bildungsbereich gefasst. Darin wird unter anderem gefordert, dass die Landesregierungen die im AGG vorgeschriebenen Beratungs- und Beschwerdestellen für die Beschäftigten endlich auch im Bildungsbereich einrichten. Das AGG ist inzwischen elf Jahre alt, aber bisher hat das Land Baden-Württemberg keine Beschwerdestellen zu Diskriminierung für die Beschäftigten in Schulen eingerichtet.

Monika Gessat

Landesausschuss Migration, Diversity, Antidiskriminierung (LAMA)





Honorarlehrkräfte im Ländle, vereinigt euch!

Siebzehn Lehrkräfte aus sieben Organisationen und fünf Fächern kamen beim politischen Vernetzungstreffen Ende Juni 2018 in der GEW-Landesgeschäftsstelle in Stuttgart zusammen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie in Baden-Württemberg als Freiberufler/innen in der Bildung arbeiten – und dass sie sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen.

Freie Lehrkräfte unterrichten an Volkshochschulen, Musikschulen, Hochschulen oder bei freien Trägern. Die Gelder fließen von Bund, Land, Kommune, immer von unterschiedlichen Ministerien. Manche unterrichten nebenberuflich, andere ackern 50, 60 Stunden pro Woche für ihren Broterwerb. An universitären Sprachzentren, Volkshochschulen und Musikschulen stemmen sie längst den Großteil der Lehre - und bleiben politisch doch unsichtbar. Es ist bezeichnend, dass Freie Lehrende an den Universitäten im Posten "Sachmittel" neben Laptops und Glühbirnen laufen

Diese Unsichtbarkeit ist verblüffend. Wenn Honorarlehrkräfte überall sind, warum spielen sie überall die Nebenrolle? Mein Fazit: Freie Lehrkräfte liegen quer zu allen Strukturen und Organisationen. Also müssen wir uns auch quer organisieren. Unter dem Nenner "Honorarlehrkräfte in Baden-Württemberg" luden wir deshalb nach Stuttgart ein. Und die Lehrkräfte kamen: Sie unterrichten Deutsch als Fremdsprache und Englisch, Mathematik und Kontrabass. Trotz der Unterschiede herrscht sofort Vertrautheit und ein gigantischer Redebedarf.

"Die Integrationskurse machen mir unglaublich viel Spaß", berichtet Robert, Lehrkraft für Deutsch als Fremdsprache. "Ich habe viel zu geben, ich bin selbst als Flüchtling nach Deutschland gekommen, habe Germanistik studiert. Eigentlich ist das ganz normale Arbeit, die wir da machen. Nur das Verhältnis zwischen der Arbeit und der Entlohnung, das ist nicht normal."

Für die freien Lehrkräfte gibt es keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, keinen Kündigungsschutz, keinen bezahlten Erholungsurlaub. Weil Robert nicht weiß, ob er oder seine Tochter krank werden oder ob mal ein Kurs entfallen muss, kann er nicht mit einem festen Einkommen kalkulieren. Erst am Monatsende wisse er wirklich, wie viel er bekommt. "Was macht das eigentlich mit der Lehrermotivation, wenn man nicht weiß, für welchen Nettobetrag man arbeitet?", sinniert der ehemalige Psychologiestudent.

Mindestens die Hälfte des Honorars sollte man für Ausgaben und als Puffer zurücklegen. Fatal wird die Situation, wenn die Honorare dazu nicht ausreichen. Diesen Druck spürt Robert sehr deutlich: "Diese prekäre Lage nagt an meiner Existenz und an meiner Seele."

Unter diesen Umständen ist es gar nicht so einfach, sich überhaupt zu organisieren. Gerade deshalb aber ist das Zusammentreffen mit anderen Aktiven besonders ermutigend. Großes Interesse weckte das Beispiel der Lehrbeauftragten für Musik an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, die sich in den 80er-Jahren - im Gegensatz zu anderen - ihre Rechte nicht nehmen ließen und streikten. Dank der Solidarität der Studierenden konnten sie soziale Rechte erkämpfen und haben heute ein einzigartiges Sondermodell, unter anderem eine Personalvertretung. Das Beispiel zeigt, dass sich das Engagement lohnen kann.

Wir möchten uns wieder in dieser Konstellation treffen und die politisch aktiven Honorarlehrkräfte aus allen Fächern und allen Organisationen zusammenholen.

Helen Bärlin

Vorsitzende im Landesarbeitskreis DaF



Mehr Info: Termine und Neuigkeiten für Honorarlehrkräfte aus Baden-Württembera: www.dafdaz-stuttgart.jim-

BFC-TAGUNG IN FREIBURG

Teilzeit - Fluch und Segen?!



Gut besuchte BfC-Tagung in Freiburg. Daniela Weber links vorne im Bild.

Ende Juni fand die erste Tagung der GEW für Beauftragte für Chancengleichheit (BfCs) und Ansprechpartner/ innen im Schulbereich in Freiburg statt. Auf Anregung der fachlichen Beraterin für Chancengleichheit am RP Freiburg, Michaela Lex, haben die GEW Landesfrauengremien zusammen mit dem Bezirk Freiburg die Tagung organisiert. Knapp 50 Personen hörten Vorträge, tauschten sich in Workshops aus, und neue Kolleginnen ließen sich in die Arbeit als BfC einführen.

Michaela Lex formulierte das Ziel, das die Teilnehmer/innen der Tagung verbindet: "Frauen sind in Führungspositionen immer noch unterrepräsentiert. Es wäre schön, wenn sich das ändert." "Teilzeit ist ein hohes Gut, zu lange Teilzeit wirkt sich allerdings negativ auf Besoldung und Gehalt und in der Folge auf die Pension und Rente von Frauen aus." Diese Grundbotschaft zog sich wie ein roter Faden durch den Vortrag von Daniela Weber, Vorsitzende des BPR GHWRGS in Stuttgart. Maren Stölzle, Mitglied im BPR Gymnasien in Freiburg, stellte Möglichkeiten von Teilzeit und Karriereplanung dar. Sie führte aus, warum eine andere Verteilung von Care-Arbeit unverzichtbar sei, damit Frauen mit Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht alleine dastehen. Birgit Kanngießer, Mitglied im BPR berufliche Schulen in Freiburg, gab Impulse für die konkrete Arbeit von BfCs an Schulen.

Die Rückmeldung der Teilnehmerinnen war eindeutig: Diese Veranstaltung soll keine Eintagsfliege bleiben. Die Lust auf mehr Frauenpolitik ist in Südbaden groß.

Andrea Wagner

GESPRÄCH MIT DER SPD

Bessere Perspektiven für Fachlehrkräfte gefordert



Angelika Kistner (GEW) und Gerhard Kleinböck (SPD)

Die Vorsitzende der Landespersonengruppe Fachlehrkräfte/Technische Lehrkräfte, Angelika Kistner, traf sich mit dem SPD-Landtagsabgeordnetem Gerhard Kleinböck, schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Grundlage für das Gespräch war das GEW-Perspektivenpapier für Fachlehrkräfte/Technische Lehrkräfte, in dem die Forderungen des Fachlehrertages 2018 ausgearbeitet und mit Beispielen hinterlegt wurden. Kleinböck sagte zu, diese in seiner Fraktion zu besprechen und sich für Verbesserungen in der Berufsgruppe Fachlehrkräfte/Technische Lehrkräfte einzusetzen.

h&w

GEW lädt ein

Bildungskongress 2018 Südbaden

Digitalisierung – das Ende der Kreidezeit?

5. Oktober 2018, 9:00 - 15:30 Uhr PH Freiburg I

Hauptvortrag: "Bildung im digitalen Wandel" von Dejan Mihajlovic

Verschiedene Workshops



Info und Anmeldung www.gew-bw.de/suedbaden

DGB-BEZIRKSFRAUENAUSSCHUSS

Erika Bock ist neue Vorsitzende



Erika Bock (links) und Gabi Frenzer-Wolf (stell-vertretende DGB-Bezirksvorsitzende)

In seiner Sitzung Mitte Juni hat der DGB-Bezirksfrauenausschuss Erika Bock als neue Vorsitzende gewählt. Erika Bock ist Mitglied von Verdi und dort in der Vertretung von Fraueninteressen aktiv.

Beruflich ist Bock Systemadministratorin bei BIT BW und dort auch als Beauftragte für Chancengleichheit tätig. Menschen zusammenbringen und eine schlagkräftige Frauenarbeit im Bezirksfrauenausschuss zu gestalten, hat sie sich als Ziel gesetzt. Wir GEW-Frauen gratulieren der Kollegin herzlich zu dieser Wahl und freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Petra Kilian

BIS ZU DEN PERSONALRATSWAHLEN 2019 FRAGT DIE b&W PERSONALRÄT/-INNEN DER GEW ZU IHRER ARBEIT.

Anja Hanke



Du bist Personalrätin GHWRGS aus Lörrach. Habt ihr in Südbaden andere Themen als anderswo in BW?

Ja, wir sind hier durch die Nähe zur Schweiz stärker vom Lehrkräftemangel betroffen.

Was könnt ihr dagegen machen?

Die befristet Beschäftigten überlegen sich, in die Schweiz zu gehen. Wir sind mit ihnen im engen Kontakt und organisieren Veranstaltungen und Aktionen, um eine dauerhafte Übernahme in den Schuldienst erreichen zu können...

Wie viel Zeit investierst du dafür?

Frag nicht...
Aber es macht riesig Spaß.

Hast du das Gefühl, dein Engagement nützt was?

Auf jeden Fall. Manchmal sind die Schritte klein. Aber stell dir vor, wie es ohne die Gewerkschaft aussehen würde.

Wie denn?

Noch schlechtere Arbeitsbedingungen, keine Personalvertretung, kein bildungspolitisches Gegengewicht...

Sehen das alle so?

Na, ich hoffe doch.



JUNGE GEW Kneipentour 2018 in Stuttgart



Die Junge GEW auf Tour. Sie verbindet politischen und fachlichen Austausch mit viel Spaß.

Wie schon im letzten Jahr fand auch in diesem Jahr eine GEW-Kneipentour statt. Von Weil der Stadt bis Crailsheim, von Grundschulen über SBBZ bis zu Gymnasien, von Konrektorin bis zum Referendar waren alle Bereiche vertreten, so dass ein reger Austausch stattfinden konnte. Es wurden Fragen an den Personalrat gerichtet sowie bildungspolitische Positionen der GEW diskutiert. Man denke nur an die Inklusion, die Gemeinschaftsschule oder ganz aktuell die Forderung nach dem Streikrecht

für Beamtinnen und Beamte. In vielen Punkten war man sich einig. Es ergab sich am Ende sogar eine GEW-Whatsapp-Gruppe.

Aber auch der Spaß kam nicht zu knapp! Eine Teilnehmerin bilanzierte: "Wir haben mehr gemeinsam, als ich dachte!"

Raul Coelho

JUDITH GEÖRG

Direktorin am Ausbildungsseminar geht in Ruhestand



Judith Geörg links als Pappfigur und rechts in echt. Doro Moritz (Mitte) bei der Verabschiedung.

Als lebensgroße Pappfigur bleibt die Direktorin Judith Geörg ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erhalten. Die Leiterin des Staatlichen Seminars für Didaktik und Lehrerbildung (SSDL) Ludwigsburg geht mit Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze in den Ruhestand. Die langjährige GEW-Kollegin vertrat außer-

dem viele Jahre die Interessen der Beschäftigten des außerschulischen Bereichs (Schul- und Kultusverwaltung, Lehrerbildung, Schulpsychologie) im Bezirkspersonalrat beim Regierungspräsidium Stuttgart und in ihren letzten drei Dienstjahren auch im Hauptpersonalrat beim Kultusministerium. Und sie hat viele Personalräteschulungen der GEW auf der Insel Reichenau maßgeblich mitgestaltet. Ihre Freude auf den neuen Lebensabschnitt ist etwas getrübt. Das Kultusministerium besetzt die freie Direktorenstelle am Seminar nicht wieder. Beim Umbau der Schul- und Kultusverwaltung stehen die Funktionsstellen der SSDL offensichtlich auf dem Prüfstand. Neben Ludwigsburg bleiben noch drei Ausbildungsseminare im Land ohne Leitung.

Die GEW-Vorsitzende Doro Moritz dankte ihr herzlich für ihr Engagement.

b&w

VERANSTALTUNG GEW SÜDWÜRTTEMBERG

Berufseinstieg von Kindheitspädagoginnen



Von links: Anja Striebel, Andrea Storrer, Danielle Schumacher

Wo landen Kindheitspädagoginnen nach dem Studium? Dieser Frage ist eine GEW-Veranstaltung Ende Juni an der PH Weingarten nachgegangen. Drei Absolventinnen des BA-Studiengangs Elementarbildung haben vor 60 Studierenden, Lehrenden und Gästen von ihrem Berufseinstieg und ihren aktuellen Tätigkeiten berichtet. Sie könnten unterschiedlicher kaum sein:

Während Anja Striebel als Fachlehrerin

an einer Förderschule tätig ist und hier selbst unterrichtet und Schulprojekte durchführt, führte für Danielle Schumacher der Weg über die Tätigkeit in einem Wohnheim für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge schließlich zu einer Stelle als pädagogische Leitung eines Familienferiendorfes bzw. Familienerholungswerkes.

Einen ganz anderen Pfad hat Andrea Storrer eingeschlagen: Eher zufällig - über die Bewerbung in einem Kindergarten - bot man ihr stattdessen eine Stelle als Kindergartenbeauftragte an, wo sie sich jetzt um Einstellungsverfahren, Betriebserlaubnisse und alles rund um den Betrieb von 15 Kitas kümmert.

Nach den spannenden Einblicken in die verschiedenen Tätigkeitsfelder und beruflichen Herausforderungen der einzelnen Arbeitsgebiete gab es zum Schluss Infos von der GEW zum Tarifabschluss im TVöD und zu aktuellen Berufsperspektiven.

Christoph Lindenfelser und Tamara Schätz

Beratung der GEW für migrierte Lehrkräfte

Die GEW sucht Kontakt zu Lehrkräften aus anderen Ländern, die Beratung für ihre Berufsperspektive brauchen. Im Herbst plant die GEW dazu eine Veranstaltung. Dabei geht es um folgende Fragen:

- Gibt es für migrierte Lehrkräfte in Baden-Württemberg oder anderswo in Deutschland eine berufliche Perspektive?
- Wie sind die Voraussetzungen in den Bundesländern?
- Wohin können sich Betroffene und ihre Unterstützer/innen wenden?

Die GEW bittet alle, die interessierte Kolleg/innen kennen, sie auf dieses Angebot aufmerksam zu machen, ganz unabhängig von der Gewerkschaftsmitgliedschaft.

Kontaktdaten interessierter Kolleg/ innen bitte an info@gew-bw.de. Wir laden direkt zu der Veranstaltung ein.

Unsere Jubilare im Monat August/September

Die GEW gratuliert zum...

75. GEBURTSTAG

Dietmar Adomeit Stuttgart, 01.08.1943 Wolfaana Hauss Port Leucate, 02.08.1943 **Alfons Schultes** Hergatz, 02.08.1943 Klaus Kammerer Bühl, 03.08.1943 Jörg Müller-Beckedorff Todtnau, 05.08.1943 Heidrun Hörner

Willi Zöller Stockach, 06.08.1943 Gisela Plessow

Möglingen, 05.08.1943

Schwäbisch Gmünd, 07.08.1943 Dieter Zander

Mannheim, 08.08.1943 Dagmar Schubert Offenburg, 09.08.1943 Rainer Hofmann

Niedernhall, 10.08.1943

Jörg Bay

Straubenhardt, 10.08.1943 Dieter Baumgärtner Ludwigsburg, 11.08.1943

Bernd-Otto Dobelmann, Ebersbach-Bünzwangen

12.08.1943

Rudolf Glocker Friedrichshafen, 12.08.1943

Christa Elger Leonberg, 13.08.1943 Wolfgang Lenz Mannheim, 15.08.1943

Karl Heinz Kreisl Müllheim, 15.08.1943 Hildegard Charberet

Offenburg, 15.08.1943 Karolina Fries

Igersheim, 16.08.1943 Sigrid Reich

Burladingen, 16.08.1943 Maximilian Müller Aalen, 17.08.1943

Waltraud Hoffmann

Trossingen, 18.08.1943

Marianne Schäfer Horb-Dettingen, 19.08.1943

Hedda Missimer

Dogern, 19.08.1943

Bernd-Dietrich Fischer, Köniasbronn, 20.08.1943

Alfred Huber

Heilbronn, 20.08.1943

Anne Semmelmann Biberach, 21.08.1943

Eleonore Schulz-Göres

Allensbach-Hegne, 21.08.1943

Jochen Paul Lahr, 23.08.1943 Juliane Kulke

Freiburg, 24.08.1943 Gisela Salm

Bammental, 24.08.1943

Gerhard Funk Riegel, 27.08.1943

Roswitha Nentwich Freiburg im Breisgau, 27.08.1943

Gisela Schmechel Mannheim, 28.08.1943

Peter Bretthauer Heidelbera, 29.08.1943

Michael Shiels

Dilsbergerhof, 30.08.1943 Jutta Luise Kraft

Gaggenau, 30.08.1943 Detlef Neumann Murrhardt, 31.08.1943

Ursula Hoegemann Konstanz, 01.09.1943

Klaus Vetter Wangen, 01.09.1943

Rainer Helmecke Vaihingen, 02.09.1943

Christl Daum Weinheim, 03.09.1943 Walter Bender

Pfinztal, 03.09.1943 Christl Gerlinger

VS-Villingen, 04.09.1943 Ingelore Oomen-Welke Freiburg, 06.09.1943

Leonore Grobshäuser Heilbronn, 06.09.1943 Regina Röttig

Edingen, 06.09.1943

Dieter Weissbrodt Hockenheim, 07.09.1943

Wolfgang Becker Hartheim, 07.09.1943

Roland Raiser

Heddesheim, 07.09.1943

Guido Schmitt

Freiburg im Breisgau,

08.09.1943

Angelika Mallmann Freiburg, 10.09.1943

Hubert Letzgus

Leonberg, 12.09.1943 **Konrad Nestle**

Stuttgart, 12.09.1943

Heide Anshelm-Quadt Stuttgart, 12.09.1943

Hans-Georg Merz *Kirchzarten, 14.09.1943*

Wolfgang Schweikert Schwäbisch Hall, 14.09.1943

Günter Hopf

Besigheim-Ottmarsheim,

15.09.1943

Volker Würthwein

Karlsruhe, 15.09.1943 Volker Getrost

Freudental, 15.09.1943 Norbert Speeter

Freiburg, 16.09.1943 Franz Schmitz

Wolpertswende, 16.09.1943

Gudrun Hylla de Castro Ehrenkirchen, 16.09.1943 **Ute Müller-Wolfangel**

Brühl, 16.09.1943 Wiebke Kahlert

Gundelfingen, 17.09.1943

Gerburg Eisenbeiß

Stutensee, 17.09.1943 Alfred Hoppe

Allensbach, 17.09.1943 Hans-Peter Rihm

Mannheim, 18.09.1943 **Dietmar Schmidt**

Mutlangen, 18.09.1943 Bettina Violet

Heidelberg, 18.09.1943 Sibylle Hauck

Waldkirch, 18.09.1943 Ulrich Streckfuß Weissach, 19.09.1943

Elke Schmidt

Stuttgart, 19.09.1943

Peter Graß

Karlsruhe, 23.09.1943

Erika Ebinger

Radolfzell, 24.09.1943

Peter Kramer

Schwäbisch Gmünd,

24.09.1943

Alban Stolz Lahr, 24.09.1943

Klaus-Jürgen Zill

Villingen-Schwenningen, 25.09.1943

Almut Langbein

Emmendingen, 25.09.1943

Reinhold Adler

Ummendorf, 26.09.1943

Marilyn Clifford-Grein

Stuttgart, 26.09.1943 Karin Krapp

Berlin, 27.09.1943 Johannes Petermann

Hirschberg, 27.09.1943 Christiane Dahle

Esslingen, 30.09.1943

Eberhard König

Langenau, 30.09.1943

80. GEBURTSTAG

Andreas Baumstark Gerstetten, 02.08.1938

Karin Kutska Winnenden, 06.08.1938

Otmar Glaser Waldbrunn, 08.08.1938

Ursula Straubinger Bad Buchau, 08.08.1938

Christoph Harzer Baiersbronn, 11.08.1938

Fritz Gross

Lefkada, 13.08.1938 Ludwig Junker

Neuhausen, 14.08.1938 Gudrun Günther

Pliezhausen, 15.08.1938 Renate Wilhelm Kressbronn, 15.08.1938

Werner Middelmann Pfullendorf, 19.08.1938

Wir können aus Platzgründen nur zum 75., 80., 85. und 90. und erst danach zu jedem Geburtstag gratulieren. Jubilare, die nicht erwähnt werden wollen, wenden sich spätestens zwei Monate vor dem Geburtstag schriftlich an die Redaktion b&w, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart.

Fortsetzung Jubilare

Norbert Müller Schwäbisch Gmünd, 20.08.1938 Lothar Wolf Bartholomä, 20.08.1938 Ulrich Beck Heilbronn, 20.08.1938 **Hubert Unser** Muggensturm, 21.08.1938 Gerhard Lämmermeier Ludwigsburg; 22.08.1938 Rolf Strohm Schopfheim; 22.08.1938 Imogen Wiedensohler Breisach, 23.08.1938 Wolfgang Engel Leinfelden-Echterdingen, 24.08.1938 Christiane Dürr Dossenheim, 25.08.1938 Jürgen Veitel Oberkirch, 25.08.1938 Adam Stein Wald-Michelbach, 26.08.1938 Sigrid Rohr

Konstanz, 30.08.1938 Elisabeth Rizzi-Berger Graben-Neudorf, 30.08.1938 **Gerhard Krull** Pforzheim, 05.09.1938 Herbert Schäfer Meßstetten, 07.09.1938 Friedrich Laun Dornstetten, 07.09.1938

Stuttgart, 27.08.1938

Emmendingen, 29.08.1938

Helmut Zeiser

Bernd Wunder

Heinz Krieger Heubach, 12.09.1938 Horst Hassert Sinsheim, 12.09.1938 Reiner Erlewein Neckarsulm, 13.09.1938 Uwe Komanschek Wannweil, 13.09.1938 Friederike Andreesen Gingst, 14.09.1938 **Hugo Brost** Leinfelden-Echterdingen, 15.09.1938 Dora Venus Kirchheim/Teck, 15.09.1938 **Brigitte Geiser** Korntal-Münchingen, 19.09.1938

Hans Rüger Schönau, 20.09.1938 Elke Kretzschmar-Brandl Kirchberg, 20.09.1938 Barbara Bart Eberbach, 21.09.1938 Bernhard Weber Kirchheim, 27.09.1938

85. GEBURTSTAG **Margot Breining** Stuttgart, 05.08.1933 **Gunther Simianer** Überlingen, 07.08.1933 **Guenter Schmitt** Eppingen, 13.08.1933 Roswitha Rothmund, Straubenhardt-Schwann. 14.08.1933

Werner Cullmann Staufen, 24.08.1933 Günther Klebahn Rimbach-Zell 30.08.1933, Willi Thauer Schwäbisch Gmünd. 30.08.1933 Hans Benning-Polder, Tamm, 10.09.1933 Therese Prunkl Sinsheim, 23.09.1933

90. GEBURTSTAG Erika Stilke Gottmadingen, 25.08.1928 Karl Schüli Ohlsbach, 18.09.1928 Heinrich Giegrich Konstanz, 19.09.1928

91. GEBURTSTAG **Hartmut Schmid** Reichenbach/Fils, 11.09.1927 Margot Zmarzlik Freiburg, 12.09.1927 Walter Schucker Rot am See. 17.09.1927 **Bernhard Burth** Kippenheim, 21.09.1927 Herta Northe

Überlingen, 30.09.1927

Rutesheim, 24.09.1927 Heinz Dörr

92. GEBURTSTAG Margarete Weber Backnang, 03.09.1926

93. GEBURTSTAG Walter Kappl Mosbach, 07.09.1925

94. GEBURTSTAG Margarete Vollrath Angelbachtal, 09.09.1924 **Gerhart Seiter** Karlsbad, 10.09.1924 **Ilse Blauert** Lörrach, 13.09.1924 Brigitta Rupprecht Lahr, 27.09.1924

95. GEBURTSTAG Elisabeth Stocker Görwihl, 22.08.1923

96. GEBURTSTAG Ursula Dallwitz-Wegner Heidelberg, 05.09.1922 Walburga Lipowsky Heidelberg, 05.09.1922

97. GEBURTSTAG Gerda Veeser Blaufelden, 23.08.1921

99. GEBURTSTAG Heinrich Utta Pfalzgrafenweiler, 23.09.1919

Wir können aus Platzgründen nur zum 75., 80., 85. und 90. und erst danach zu jedem Geburtstag gratulieren. Jubilare, die nicht erwähnt werden wollen, wenden sich spätestens zwei Monate vor dem Geburtstag schriftlich an die Redaktion b&w, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart.

Hechingen/Zollernalbkreis

Die Pfingstferien nutzten GEW-Mitglieder aus Hechingen und dem Zollernalbkreis für eine 6-tägige Kultur- und Bildungsreise in einige deutsche Kaiserstädte. Auf dem Programm standen der Dom zu Speyer, der Aachener Dom mit der Domschatzkammer, Schloss Augustusburg bei Brühl oder der Kölner Dom. Als ein etwas beklemmendes Kontrastprogramm erwies sich der Besuch des Braunkohlereviers Garzweiler mit den vor dem Abriss stehenden noch völlig intakten Häusern.





GEW-Mitglieder mit Anhang vor der Mainzer Kirche St. Stephan mit den Chagall-Fenstern.

Ostwürttemberg

Zahlreiche Lehrkräfte im Ruhestand des GEW-Kreises Ostwürttemberg besichtigten das Freilichtmuseum Heuneburg im Kreis Sigmaringen. Die mit einer Lehmziegelmauer befestigte Kernanlage eines frühkeltischen Fürstensitzes liegt auf einem Felsvorsprung oberhalb der jungen Donau und gehört zu den bekanntesten Fundstellen aus keltischer Zeit in Mitteleuropa. Zu ihrer Blütezeit im 6. Jh. bis Anfang des 5. Jhs. vor Chr. lebten hier mindestens 3000 Menschen in einem differenzierten Sozialgefüge. Seit 1950 werden hier intensive archäologische Grabungen durchgeführt, die immer noch andauern und neue Erkenntnisse liefern. Aus den Funden und den Rekonstruktionen von Gebäuden ergab sich für die Teilnehmer/innen



Ostwürttemberger besichtigen die Heuneburg in Südwürttemberg

ein plastisches Bild einer hochstehenden Kultur, die über den gesamten Mittelmeerraum und darüber hinaus verbreitet und durch Handelsbeziehungen vernetzt war, aber schriftlos blieb.

Walter Nollenberger

Lörrach



100 Jahre nach dem 1. Weltkrieg konnten wir, die Mitglieder im Ruhestand (MiR) der GEW vom Kreis Lörrach, unproblematisch die Grenze nach Frankreich überschreiten und einen wunderbaren Orgeltag im Elsass verbringen. Dazu engagierten wir den

Organist Cornelius Holdermann Schopfheimer Organisten Cornelius Holdermann, der sich im In- und Ausland einen Namen gemacht hat, der sich auf den verschiedensten Orgeln aus allen Epochen auskennt und die Feinheiten der jeweiligen Orgel zum Klingen bringen kann.

Drei Kirchen und ihre Orgeln konnten wir erleben: in Villge-Neuf, in Ottmarsheim und in Ribeauvillé.

Arno Bürkert

Heidenheim

Der Heidenheimer Inklusionsverein "Gemeinsam leben – gemeinsam lernen" hat sich mit dem Ortsverband der GEW Heidenheim zusammengetan, um Carmen Deffner vom Transferzentrum für Neurowissensschaft und Lernen Ulm einzuladen.

Deffner ging auf die Schlagwörter Selbstkontrolle, Selbstregulation und Selbststeuerung ein. Diese Selbstdisziplin unterstützt planvolles und situationsangepasstes Verhalten, ist notwendig, um langfristige Ziele zu erreichen.

Dass die Selbstregulation im frühen Kindesalter noch schlecht ausgebildet ist, sieht Deffner eher entspannt, denn im Laufe der Entwicklung reift das Gehirn diesbezüglich bis zum Alter von etwa 20 Jahren. Auch in der Zeit der Pubertät hängt sie das Schild "Achtung Baustelle – vorübergehend geschlossen!" über das Gehirn. Erfährt jedoch ein Kind schon in jungen Jahren Ablehnung, kann dadurch später antisoziales Verhalten

verstärkt auftreten. Bei einer ausgeprägteren Inhibition jedoch entwickelt das Kind oder der Jugendliche bessere soziale Kompetenzen.

Die Steuerung von Aufmerksamkeit, Denken, Verhalten und Gefühlen steht somit in engem Zusammenhang mit der sozial-emotionalen Entwicklung, mit Stressbewältigungsstrategien, einem gesunden Lebensstil, der akademischen Lernleistung, dem Erfolg im Beruf und dem sozio-ökonomischen Status im Erwachsenenalter. Die Selbstregulation im pädagogischen Alltag in Schule oder Kindergarten kann man durch Freude, Wiederholung und Herausforderungen schaffen.

Die Chemie muss dabei stimmen, auch die Lernumgebung – dabei zog Deffner die Montessori-Pädagogik zum Vergleich heran – kann viel bewirken und wird so zum 3. Lehrer im Raum. Lernsituationen müssen mit positiven Emotionen verknüpft, Herausforderungen,

die weder über- noch unterfordern, geschaffen werden. Auch der Einbau von Schwierigkeitsstufen gilt als sehr förderlich und je früher man mit diesen Mitteln arbeitet, desto besser für die Kinder. Positiv auf das Lernverhalten wirken sich Glücklichsein aus, Freude, Spaß, gute Fitness, soziale Teilhabe, Selbstvertrauen und Selbstwirksamkeit. Eher negativ sind Stress, Trauer, depressive Stimmung, Einsamkeit, Schlafmangel und eine schlechte gesundheitliche Verfassung zu sehen.

Schulen, in denen Lehrer mit Strukturen arbeiten, sportlicher Betätigung, Spiel und Spaß Raum geben, tun sich mit dem Lernverhalten ihrer Schüler immer etwas leichter, "kleine Helferlein" wie Ohrschützer, Sitzkissen, Zeitnehmer tragen ihr übriges zu einem positiven Lernerfolg bei.

Volker Spellenberg

Unseren Toten zum Gedächtnis

Wolfgang Amler GHS-Lehrer a. D. * 06.09.1952

† 26.06.2018

Agnes-Juliane Buhles GHS-Lehrerin a. D. * 16.07.1926 VS-Villingen

† 05.06.2018 Offenburg

Heike Gordt

Gymnasiallehrerin a. D. * 14.10.1954 Mannheim † 07.06.2018 Sindelfingen

Inge Grossmann

* 11.11.1926 Stuttgart † 11.06.2018 Pfullendorf

Artur Paul Kary Realschullehrer a. D. * 07.04.1944

† 22.05.2018 Gerstetten

Fritz Klumb

GHS-Lehrer a. D. * 22.05.1936

† 05.04.2018 Mannheim

Heinz-Werner Martin

Sonderschullehrer a.D. * 13.06.1944 Tuttlingen † 26.06.2018 Spaichingen

Monika Maurer GHS-Lehrerin a. D.

* 12.11.1937 Frankfurt / Main

† 08.06.2018 Ulm

Sylvia Molina

* 03.08.1949 † 07.03.2018

Brigitte Nies

Sonderschullehrerin a. D.

* 19.04.1953

† 08.06.2018 Kürnbach / Baden

Jürgen Patzelt

GHS-Lehrer a. D. * 02.08.1941 Tetschen-Bodenbach (von 1942 bis 1945 Sudetenland, seit 1945

Tschechien)

† 26.05.2018 Gschwend

Bärbel Marianne Pachabejan

Oberlehrerin a. D. * 07.01.1939 Hüfingen

† 31.05.2018 Maurach

Thomas Rieker

Realschullehrer a. D. * 27.11.1959 Tübingen † 19.06.2018 Pfullendorf

Manfred Schlenker

* 21.02.1945 Waldshut † 29.05.2018 Villingen-Schwenningen Hermann Matthias Schneider

Gymnasiallehrer a. D. * 02.05.1941 Flensburg † 14.04.2018 Friedrichshafen

Ida-Maria Seitz-Brand

Gymnasiallehrerin a. D. * 02.01.1946 Hachen † 18.04.2018 in Reutlingen

Bernhard Volk

Realschullehrer * 02.01.1953

† 23.05.2018 Uttenhofen

Manfred Winnes

Rektor a.D.

* 03.03.1933 Nußbaum † 08.06.2018 Pforzheim

Eine Aufnahme in die "Totentafel" kann nur erfolgen, wenn der Redaktion von b&w, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart, das Geburts- und Sterbedatum sowie möglichst auch der Geburts- und Sterbeort und die Amtsbezeichnung mitgeteilt werden.

Main-Tauber/Hohenlohe

Der GEW-Kreisverband Main-Tauber/ Hohenlohe organisierte Anfang Juni eine Rundfahrt "Hoch auf dem gelben Wagen" durch die Weinberge von Markelsheim. Untermalt wurde die Panoramafahrt von Liedern mit dem Akkordeon, einer Weinprobe sowie von Berichten über die Arbeit im Weinberg, die Rebsorten und die Region.

Jana Kolberg



Die Rundfahrt durch die Weinberge organisierte der Kreisverband Main-Tauber.

Die Vertrauensleute und der GEW-Kreisvorstand trafen sich Anfang Mai im Kloster Schöntal zur Schulung. Inhalte waren rechtliche Fragen, Herausforderungen der verschiedenen Schularten sowie ein Vortrag von Michael Futterer zur aktuellen Bildungspolitik. Abgerundet und gestaltet wurde die Schulung von Sabine Behrens-Horvath (stv. Kreisvorsitzende) sowie Jana Kolberg (Kreisvorsitzende).

Jana Kolberg



Vertrauensleute und Kreisvorstand der GEW aus Main-Tauber/Hohenlohe bei der Schulung



Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Baden-Württemberg

Verantwortlicher Redakteur: Geschäftsführende Redakteurin: Maria Jeggle **Redaktionssekretariat:** Ulrike Bär Regelmäßige Mitarbeiter/innen: Corinna Blume, Jens Buchholz, Erhard Korn, Frank Osterlow, Andreas Schuler, Marco Stritzinger Lavout: Ulrike Bär Schlusskorrektur: Frank Osterlow Anschrift der Redaktion: b&w, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart, Telefon: 0711 21030-36. E-Mail: b+w@aew-bw.de

Ständige Beilage: "Die Unterrichtspraxis" erscheint achtmal im Jahr. Redaktion: Joachim Schäfer, Meisenweg 10, 71634 Ludwigsburg, unterrichtspraxis@gmx.de

Verlaa mit Anzeiaenverwaltuna:

Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV), Silcherstraße 7A, 70176 Stuttgart, Telefon: 0711 21030-70, Fax: 0711 21030-799 E-Mail: info@spv-s.de, www.spv-s.de Geschäftsführung: Doro Moritz,

Verlagsleitung und verantwortlich für Anzeigen: Sabine Ebert, Tel.: 0711 21030-771, sabine.ebert@spv-s.de

Anzeigenschluss: ca. 15. des Vormonats

b&w erscheint als Mitgliederzeitschrift monatlich 10-mal im Jahr (nicht im Januar und August). Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Er beträgt für Nichtmitglieder jährlich 44 Euro inkl. Porto und wird jährlich im Dezember erhoben. Bestellung beim Verlag. Alle mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen die Meinung der Verfasser/innen dar und vermitteln nicht zwingend eine Position der Redaktion oder der GEW. Leserbriefe können nicht alle veröffentlicht werden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe auszuwählen und zu kürzen. Anonym zugesandte Briefe werden nicht veröffentlicht.

Druck: GO Druck Media Verlaa GmbH & Co. KG, Kirchheim Druckauflage: 50.000 Exemplare, Gedruckt auf Blauer Engel Altpapier

Die nächsten Hefte von b&w erscheinen: Nr. 09/2018 am 21.09.2018, Redaktionsschluss: 20.08.2018 Nr. 10/2018 am 19.10.2018. Redaktionsschluss: 17.09.2018

Dieses Heft wurde am 18.07.2018 für den Druck abaeschlossen. GEW Baden-Württemberg Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart, Telefon 0711 21030-0, Mitgliederverwaltung: -32, -33, -34, -37 E-Mail: info@gew-bw.de, www.gew-bw.de

Leserbrief



b&w 05/2018

S. 34 "Ein Bollwerk gegen Skepsis und Kritik"

Undifferenzierte Beurteilung

Mit diesem Leserbrief melden wir uns als Wirtschafts-Fachschaft der Pädagogischen Hochschule Freiburg zu Wort. Die Aussage von Prof. Reinhold Hedtke, dass die badenwürttembergischen Lehramtsstudierenden des Faches Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung "soziologische und damit auch gesellschaftliche Analphabeten" seien, weisen wir zurück.

Der Vorwurf, angehende Lehrkräfte des Faches lernten in Baden-Württemberg nicht, wie Wirtschaft und Politik zusammenhängen, lässt sich in erster Linie mit einem Verweis auf die Studien- und Prüfungsordnung dementieren. Im Modulhandbuch für das "Lehramt an Werkreal-, Haupt- und Realschulen" 2011, S. 237 steht beispielsweise: "Die Studierenden beherrschen Erkenntnisse anderer sozialwissenschaftlicher Theorien bei der Analyse wirtschaftswissenschaftlicher Problemlagen" (...). In Bezug auf die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge ist zudem auf die Lehrveranstaltung "Staat im Wirtschaftsgeschehen" hinzuweisen, die von Dozierenden der Politikwissenschaften durchgeführt wird. Die grundsätzlich interdisziplinäre Ausrichtung des Wirtschaftsstudiums an der PH Freiburg spiegelt sich auch im mündlichen Staatsexamen wider, für das die Studierenden zwischen Schwerpunkten wie "Migration und Nachhaltigkeit", "Kapitalismus, Nachhaltigkeit und Verteilung" oder "Wachstum & Nachhaltigkeit: Postwachstumsökonomie etc." wählen. Insofern bitten wir um eine differenzierte Beurteilung der Lehrerausbildung.

Indira Policarpo & Franziska Storz (stellvertretend für die Fachschaft Wirtschaft der PH Freiburg)

Buchtipp

Die pädagogische Mobilmachung

Bereits mit der Überschrift "Die pädagogische Mobilmachung" gelingt es der pensionierten Kollegin Ingeborg Wiemann-Stöhr in ihrer jetzt als Buch erschienenen Dissertation, die Ergebnisse ihrer umfassenden Untersuchung der Nazifizierung der Schule im Land Baden schlaglichtartig zusammenzufassen. Erschreckend, aber gut belegt und umfassend geschildert, ist ihr Ergebnis: "Der lang ersehnte soziale Aufstieg der Lehrerschaft erfolgte nicht durch materielle Besserstellung, sondern durch Teilhabe am System der Macht: Lehrer wurden zu staatlich besoldeten Parteiarbeitern mit Lehrauftrag an der Schule." Wiemann-Stöhr legt dar, dass wohl drei Viertel (und nicht nur rund ein Drittel, wie in der Literatur bislang zumeist behauptet wurde) der badischen Lehrer der NSDAP, der SS oder SA angehörten. Die Autorin schildert, wie sich die Lehrerschaft überwiegend bereitwillig in den Dienst der NS-Politik stellte. Und sie belegt an zahlreichen Beispielen aus der Arbeit der Partei- und der Kultusbürokratie, wie hoch der Anpassungsdruck war, dem sich selbst die wenigen Widerspenstigen kaum entziehen konnten.

Die Fülle an Material überwältigt, aber nur dadurch wird glaubhaft und nachvollziehbar, in welch unvorstellbarem Maße die Schule und die Lehrerschaft in den 12 Jahren der Diktatur nazifiziert wurden – und dass dies im musterhaften Baden besonders schnell und intensiv gelang: Wiemann-Stöhr arbeitet heraus, dass sich die "neuen" Nazi-Machthaber auf eine schon lang vor der Machtübergabe vorhandene breite Zustimmung der Bevölkerung in diesem Grenzland stützen konnten. Ähnlich wie der badische Gauleiter seinen Ehrgeiz darein setzte, dem "Führer" als erster melden zu können, das Land sei "judenfrei", so setzten die für die Schule Verantwortlichen den Nazi-Ungeist besonders schnell und intensiv um, oft im Vorgriff auf die reichsweiten Veränderungen und immer wieder abweichend davon und sogar schneller und intensiver. Nicht nur die "Gesinnungsfächer" wie Deutsch, Geschichte und Geografie, sondern der gesamte Unterricht dienten der Einimpfung der Rassenlehre sowie der "wehrgeistigen" Erziehung. So wird auch leichter verstehbar, wie schwer es danach gefallen ist, nach einer unvollkommenen und misslungenen Entnazifizierung die Schule einer Demokratisierung zu öffnen.

Die Autorin resümiert: "Im undurchdringlichen Wald des Koordinatensystems von Gut und Böse, Richtig und Falsch, Anpassung und Verweigerung hatten weite Teile der badischen Lehrerschaft ihre Orientierung verloren, sie hatten als Beamte ihre Verantwortung für das eigene Tun verdrängt und an die "Obrigkeit" delegiert, vielleicht auch im Dunkel des Waldes verloren, wo sie verrottet ist und nach Ende des "Dritten Reiches" stückweise wieder ans Licht geholt, von Unrat gesäubert und neu zusammengefügt werden musste."

Die Autorin stellt ihrer Publikation eine Widmung voran: "Die Arbeit ist allen Geschichtslehrern und -lehrerinnen gewidmet, die zusammen mit Schülern und Schülerinnen dieses schwierige Kapitel deutscher Geschichte an ihrer eigenen Schule aufgearbeitet haben." Dies ist ein Aufruf an die nachwachsende Generation, in dem Bemühen nicht nachzulassen, "dass Auschwitz nicht noch einmal sei", wie Theodor W. Adorno 1966 "die allererste Forderung an Erziehung" definierte.

Michael Rux



Typica Manuschille
Die pidagogische Wabilmachung

Ingeborg Wiemann-Stöhr. Die pädagogische Mobilmachung. Schule in Baden im Zeichen des Nationalsozialismus. Verlag Julius Klinkhardt. 2018, 378 S., 36,90 Euro.



LesePeter

Im Juli 2018 erhält den LesePeter das Sachbuch: Stefan Casta und Maj Fagerberg "Auf der Hummelwiese – Das große Herbarium"

Fischer-Sauerländer Verlag, Frankfurt 2018. ISBN 978-3-7373-5528-5, 83 Seiten - 22 Euro . Ab 7 Jahren.

Mehr dazu unter: www.AJuM.de oder www.LesePeter.de

Termine

Kreise und Ortsverbände

Böblingen

> 08.08.18, 14:30 Uhr Sommerfest im Naturfreundehaus Holzgerlingen, abends Heiteres und Besinnliches aus dem Schwabenland (Sigrid und Wolfgang Bosch, Klaus-Dieter Reichert). Info und Anmeldung: Margot Littwin littwin@ gew-boeblingen.de, Tel.: 07031 607501. Veranstalter: Mitglieder im Ruhestand

> 15.09.18, 14 Uhr Bouleturnier auf dem Platz bei Steinenbronn, die GEW beteiligt sich mit 1 bis 2 Mannschaften, auch Anfänger/innen sind willkommen. Info und Anmeldung: Margot Littwin littwin@ gew-boeblingen.de, Tel.: 07031 607501

Calw/Freudenstadt

> **19.09.2018**, 13 - 18 Uhr Stadtführung und Museum in Wildberg.

Verantwortlich: Angelika Kistner > **26.09.2018**, 17:30 - 20 Uhr Kreisversammlung.

Verantwortlich: Angelika Kistner > 17.10.2018

> 17.10.2010

Regiotreff Berufliche Schulen Verantwortlich: Birgitt Michalek

Klinik am

Pforzheim/Enz

> 07.08.2018, 9:30 Uhr
Weltfirma Witzenmann – Werksbesichtigung. Max. 30 Personen, Treffpunkt um 9.15 Uhr am Eingang Pforte 2, Eutinger Str.2.
Anmeldungen bis 30.07.2018 an bernd.rechel@gew-pforzheim.de Veranstalter: GEW-Mitglieder im Ruhestand
> 01.09.2018, 17 Uhr
Antikriegstag, Veranstalter:

DGB-Pforzheim
Ort: Pforzheim Hauptfriedhof
> 06.09.2018, 16:00 Uhr
Schulrecht – Crashkurs. Infos bei
info@gew-pforzheim.de. Veranstalter: GFW-Kreisvorstand

> 18.09. - 22.09.2018
Ruhr – eine Region im
Umbruch: Mehrtägige Fahrten
mit einer Erkundung der RuhrMetropol-Region. Veranstalter:
GEW-Mitglieder im Ruhestand
> 09.10.2018, 17 Uhr

Für alle GEW-Mitglieder: Kreisversammlung. Veranstalter: GEW Pforzheim und Enzkreis Ort: Stadt Pforzheim-Bären in Pforzheim-Eutingen > 18.10.2018, 18 Uhr

Regionaler Berufsschultreff.
Offen für alle an beruflichen
Schulen Interessierte.
Ort: Gasthaus Goldener Anker
Pforzheim – Dillweißenstein,
Felsenstr. 2. Veranstalter:
Berufsschultreff GEW-PfEnz und

GEW-Nordschwarzwald Weitere Informationen unter: www.gew-pforzheim.de

Fortbildung Freier Träger

AJS (Aktion Jugendschutz)

"Hallo, wie geht's? Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen fördern" Fachtag am 15.11.2018 in der Jugendherberge Stuttgart International.

Pädagogische Fachkräfte in Jugendhilfe und Schule fragen sich oft, "wie es denn geht", wie es möglich ist, Kinder und Jugendliche in ihrer psychischen Entwicklung gut zu begleiten und zu unterstützen. Im Rahmen des Fachtages werden dazu Antworten und Impulse gegeben. Mit Vorträgen von Prof. Dr. Klaus Hurrelmann und Dr. med. Karsten Rudolf.

Anmeldung bis 25.10.2018 unter: www.ajs-bw.de/veranstaltungen.htm



Klasse Reisen. Weltweit.

Klassenfahrten-Reisefinder mit BUDGETPLANER

Holen Sie das Maximale aus einem vorgegebenen Reisebudget.

- Teilnehmerzahl, Budget, Wunschdatum eingeben
- sofort Preis für alle Saisonzeiten erfahren!
 Rundum-Sorglos-Paket für Kursfahrten, Studienreisen ...

Tausende Schüler & Lehrer buchen immer wieder – weil es sich lohnt!

Schulfahrt Touristik SFT GmbH Herrengasse 2 01744 Dippoldiswalde Ihr Reiseveranstalter Tel.: 0 35 04/64 33-0 www.schulfahrt.de

© Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17

Bildungsforum »Individuell lernen – anders unterrichten«



Erhalten Sie von hochkarätigen Referentinnen und Referenten spannende Inputs für Ihren Unterrichtsalltag und lernen Sie in interessanten Workshops innovative Lehr- und Lernkonzepte kennen.

Wann? 21. bis 22. September 2018
Wo? Pädagogische Hochschule
Freiburg, Kunzenweg 21,
79117 Freiburg im Breisgau

Mit den Hauptreferaten von:

- Prof. Dr. Klaus Hurrelmann
- Prof. Dr. Gisela Lück
- Prof. Dr. Charlotte Klonk
- Martina Voss-Tecklenburg
- Andreas Müller

Weitere Informationen zu Programm und Anmeldung finden Sie unter www.hep-verlag.de/bildungsforum.

hep verlag ag

Gutenbergstrasse 31 Postfach CH-3001 Bern Tel. +49 (0)800 73 007 37

Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.

Kestenübernahmes Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Telos 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden

www.leisberg-klinik.de

Echte Hilfen für den Alltag



	I	Mitgliederpre	Normalpreis
Exemplare GEW-Jahrbuch 2018 Standardausgabe		□ 13,00 Euro	☐ 25,00 Euro
Exemplare GEW-Jahrbuch 2018 Berufliche Schulen		□ 13,00 Euro	☐ 25,00 Euro
Exemplare GEW-Jahrbuch 2018 auf	CD-ROM	□ 13,00 Euro	☐ 25,00 Euro
Exemplare GEW-Jahrbuch 2018 Dop Standardausgabe Sonderausgabe Beruflich		☐ 26,00 Euro ☐ 26,00 Euro	☐ 50,00 Euro ☐ 50,00 Euro
Exemplare 50+ Alternativen zur Voll	zeit bis 67	□ 5,00 Euro	□ 8,00 Euro
Exemplare 55+ Die Vorsorgemappe 8. Auflage 2016	ı	□ 12,00 Euro	☐ 20,00 Euro
Exemplare Steuererklärung	1	☐ 6,00 Euro	☐ 10,00 Euro
Lange lehren in Beziehung (DVD-Video)		□ 19,90 Euro	(Mitglieder und Nicht-Mitglieder)
Eltern-Jahrbuch 2017/2018		□ 13,00 Euro	(Mitglieder und Nicht-Mitglieder)
			Alle Preise inkl. MwSt.
Versandkostenpauschale bei einem Warenwert bis 20 Euro: 3 Euro, 21 bis 40 Euro: 5 Euro, 41 bis 100 Euro: 7 Euro, ab 101 Euro: versandkostenfrei			
GEW-Mitgliedsnummer (s. Adressaufkl	eber b&w)		
Versand- und Rechnungsanschrift:			
Schriftliche Bestellungen:	Süddeutscher Pädago Silcherstraße 7a	ogischer Verla]

70176 Stuttgart Tel. 0711 2103070 Fax 0711 21030799 bestellservice@spv-s.de

www.spv-s.de

Online-Shop:

ISSN 0944-937X



Karıkatur: I homas Plaismann